

General-Anzeiger

der Stadt Wuppertal
General-Anzeiger für Elberfeld-Barmen

Davertau: Nachrichten
Berliner Nachrichten

Allgemeine Zeitung
für Berg und Markt

Anzeigenpreis:
Allgemeine Anzeigen 1 mm Höhe (26 mm breit) 18 A-Wienig
Familien-Anzeigen u. Stellenangebote 1 mm Höhe (26 mm breit) 10 A-Wienig
Kleinanzeigen 1 mm Höhe (72 mm breit) 100 A-Wienig
Für Aufnahmen von Anzeigen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postfachkonto Adm 3362 B. Strasse Elberfeld - Eilingsdorf Elberfeld.

Tiefdruck-Beilagen:
Die Wochenschau
Westdeutsche Sportzeitung

Bezugspreis:
Durch Boten wochentäglich frei ins Haus, einschließlich der Tiefdruck-Beilagen.
„Die Wochenschau“ und „Westdeutsche Sportzeitung“ halbmächtig A.M. 1.15.
Bei Störungen durch höhere Gewalt oder Streit können Erlassungsprämien nicht geltend gemacht werden.
Hauptgeschäftsstelle Elberfeld: W.-Kathenaufstraße 50. Fernsprecher Nummer 21701.
Hauptgeschäftsstelle Barmen: Neuerweg 57. Fernsprecher Nummer 57768.

Nr. 29 - 45. Jahrgang.

Mittwoch den 4. Februar 1931

Einzelpreis 15 Pfg.

Beratung im Steuerausschuß des Reichstages

Dietrich warnt vor Steuersenkungen

Die Abstimmung über die vom Reichsfinanzminister
bekämpften Anträge verlagert.

Berlin, 4. Febr. (Funkpr.) Auf der Tagesordnung des Steuerausschusses des Reichstages standen am Mittwoch Anträge zum Mineralwassersteuergesetz, zur Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer der Konsumvereine und Warenhäuser, zur Aufhebung der Lohnsteuer und schließlich auch noch Anträge, die die Offenlegung der Steuerlisten wünschten.

Dazu gab Reichsfinanzminister Dietrich folgende Erklärung ab:

Die Annahme der heute zur Debatte stehenden Anträge wird zusammen mit anderen vom Reichstag geforderten Ermäßigungen große Summen kosten, und zwar die

Aufhebung der Mineralwassersteuer 30 Mill.
Beschränkung der Gemeindebeiträge 30 Mill.
Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer 27 Mill.
wenn dazu noch die neulich geforderte Befreiung der pasteurisierten Milch von der Umsatzsteuer mit 8 Mill.

Hinzu kommt, so bedeutet das einen Ausfall von insgesamt 95 Mill.

Hierbei entfallen 24,5 Millionen auf das Reich und 70,5 Millionen auf Länder und Gemeinden. Dabei sehe ich noch ganz ab von dem kommunikativen Lohnsteuer-Antrag, der viele Hunderte von Millionen kosten würde. Ich habe Verständnis für die Befreiung der Katastrophengebiete von der Gemeindebeitragssteuer und der pasteurisierten Milch von der Umsatzsteuer. Aber bei der gegenwärtigen ernsten Finanzlage nicht nur im Reich, sondern auch in den Gemeinden, muß ich dringend davor warnen, noch in diesem Etatsjahr Steuersenkungen vorzunehmen.

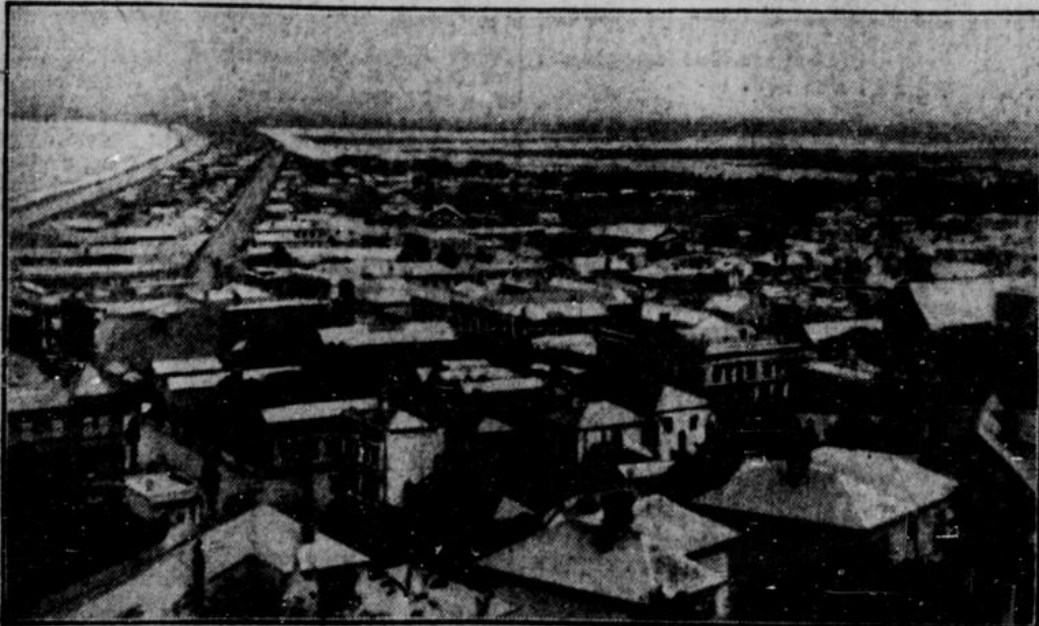
Mit den Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien wurde daraufhin beschlossen, die Beratung des Antrages über die Offenlegung der Steuerlisten bis zur Vorlegung der Denkschrift, die vor ihrem Abschluß steht, auszusetzen, und die Abstimmung über die übrigen Anträge mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichsfinanzministers über die gegenwärtige Finanzlage in Reich, Ländern und Gemeinden zu vertagen.

Häuser stürzten wie Kartenblätter zusammen

Bis jetzt 350 Todesopfer
der Erdbebenkatastrophe
in Neuseeland

Wellington, 4. Febr. (Funkpr.) Aus den letzten Meldungen scheint hervorzugehen, daß die Zahl der Todesopfer bei dem Erdbeben viel größer ist, als ursprünglich angenommen. Die staatlichen und städtischen Behörden in Hastings schätzen die Zahl der Todesopfer in dieser Stadt auf mehr als hundert, von denen viele noch unter den Trümmern liegen. In Napier, mit welcher Stadt die Verbindungen noch nicht wiederhergestellt worden sind, soll die Zahl der Toten weit über hundert betragen. Flüchtlinge aus Napier, die eben hier eingetroffen sind, sprechen sogar von tausend Todesopfern. Aus der kleinen Stadt Taradale wird gemeldet, daß dort dreißig Personen umgekommen sind.

Zur Katastrophe in Neuseeland



Die Stadt Napier, die von der Seebeben-Katastrophe in Neuseeland besonders schwer betroffen wurde.

Der Reichsrat dankt Dr. Curtius für Genf.

Berlin, 4. Febr. (Funkpr.) Der Auswärtige Ausschuss des Reichsrates hat heute einen Bericht des Reichsaussenministers Dr. Curtius über die Genfer Völkerverhandlungen entgegengenommen.

Nach den eingehenden Darlegungen des Ministers sprach der preussische Vertreter, Ministerialdirektor Robis, dem Minister in warmen Worten den Dank und die Anerkennung für das in Genf Gelernte aus.

Kranzniederlegung am Grabe Eberts.

Berlin, 3. Febr. Im Auftrage des Reichsansehlers hat der Präsident des Landesfinanzamtes Karlstrube, Stamer, am Grabe des Reichspräsidenten Ebert anlässlich des 60. Geburtstages namens der Reichsregierung einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife niedergelegt. Reichsanseher Dr. Brüning hat außerdem in einem besonderen Schreiben an Frau Ebert des Geburtstages gedacht.

Eine Kathedrale fürchte ein.

BS. Ausland, 4. Febr. (Eig. Drahtber. United Press.) Erschütternde Einzelheiten über die Erdbebenkatastrophe, welche die ganze Gegend um Hawkes-Bay heimgesucht hat, werden von einem Flieger, der eben von dort eingetroffen ist, berichtet. Eins der tragischsten Ereignisse war der Einsturz der Johannes-Kathedrale, des schönsten Kirchengebäudes Neuseelands. Der Gottesdienst hatte eben begonnen, als plötzlich mit großem Krach die Decke einstürzte und die Betenden begrub. Ein Dutzend Menschen wurde sofort getötet, während eine Anzahl mit schweren Verletzungen davonkam. Entsetzte Szenen spielten sich ab, da das Gebäude Feuer fing. Die Überlebenden versuchten, die in den Trümmern fest gefangenen Gemeindeglieder herauszuziehen, doch griffen die Flammen schnell um sich, und vor den Augen aller verbrannte eine Frau. Da keine Unterkunft für die Verwundeten in Napier mehr zu finden war, wurden sie nach Palmerston abtransportiert. Napier herrscht noch in der ganzen Stadt, da das Erdbeben andauert und man noch weitere Katastrophen befürchtet.

Die Regierung und die Bevölkerung Neuseelands mobilisieren Menschen und Nahrungsmittel um Hilfsexpeditionen auszurufen. Da die Wasser- und Stromversorgung der Stadt Napier zerstört ist, ist ein großer Wasserreinigungsapparat nach Napier entsandt worden. Er wird in vier Teilen mit vier Flugzeugen transportiert, da dies die einzige Möglichkeit ist, Napier zu erreichen.

Die Erdstöße dauern fort

Der Befehlshaber des Kriegsschiffes „Veronica“ hat einen Funkpruch nach Ausland gesandt, in dem es heißt: „Ich bin heute von einer Beschädigung Napiers zurückgekehrt. Fast alle Steingebäude sind zerstört und zahlreiche Teile der Stadt brennen lichterloh. Man befürchtet, daß die Verluste sehr groß sind. Es ist jedoch noch nicht möglich, die Zahl der Opfer abzuschätzen. Die Wasserleitung der Stadt ist außer Betrieb, und die Feuerwehr ist daher nicht imstande, der Brände Herr zu werden. Ich habe Lebensmitteldepots organisiert, lasse die Straßen durch Polizeistreifen überwachen und habe Notlagarette errichtet. Obdachlose Frauen und Kinder werden an Bord der „Veronica“ genommen. Die Erdstöße dauern fort.“ (Fortsetzung auf der Rückseite.)

Ruhiger Unfall im Reichstag

Drahtbericht unserer
Berliner Schriftleitung

Entgegen den Erwartungen, die auf die durch mannigfache Äußerungen erzeugte Nervosität und Spannung zurückzuführen waren, ist der erste Sitzungstag im neuen Jahr nach der fast achtwöchigen Pause vollkommen ruhig und ungehört verlaufen. Alles spielte sich in gemäßigten Formen und in gedämpften Tönen ab. In durchaus sachlicher Arbeit erledigte der Reichstag gestern die zahlreichen

Dynamitanschlag auf den Präsidenten von Honduras?

Fünf Tote, 17 Schwerverletzte.

London, 4. Febr. Am Dienstag weichte der Präsident von Honduras die neue Straße von Tegucigalpa nach Daini ein. Unmittelbar nach der Einweihung ereignete sich auf der Straße eine heftige Dynamitexplosion, durch die fünf Personen getötet und 17 schwer verletzt wurden. Die Explosion rief unter der Menge der Zuschauer eine ungeheure Panik hervor.

kleinen Vorlagen, die rein geschäftsdokumentarisch behandelt wurden und deren Behandlung nur dadurch sehr viel Zeit beanspruchte, daß die Nationalsozialisten bei allen ihren Auf- und Abänderungsanträgen namentlich die Abstimmung verlangten. Infolgedessen dauerte die Sitzung fast drei Stunden, wovon eine Stunde auf die Abstimmungen kam. Auch für Mittwoch sind nun kleinere Vorlagen vorgelegt, weil die Präzision Zeit haben wollen. Ich las die große Ansprache zu rufen.

Die große Ansprache über den Reichshaushalt und damit über die gesamte innenpolitische Lage wird also am Donnerstag durch eine Rede des Reichsansehlers eingeleitet werden. Am Dienstag nächster Woche kommt dann der Etat des Auswärtigen Amtes an die Reihe, wobei Dr. Curtius vor die Front treten wird, um sich gegen die über zu erwartenden starken Angriffe der Opposition zu verteidigen.

Dr. Brüning legt, wie man hört, den größten Wert darauf, den Haushalt für 1931 punktförmig und in der üblichen Form durch den Reichstag verabschiedet zu sehen — nicht allein aus innerpolitischen Gründen, sondern auch im Interesse der deutschen Wirtschaft, damit im Ausland keine Unruhe über die finanzielle Lage des Reiches und über angebliche innere Krisen vermieden werde. Der Reichsanseher möchte die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen, die durch die nicht rechtzeitige parlamentarische Erledigung des Etats notwendig würden, der Regierung und dem Reichstag ersparen.

Aus diesen Gründen ist es auch bei der gestrigen dritten Unterredung mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, die mehrere Stunden des Nachmittags in Anspruch nahm zu einer Annäherung zwischen Brüning und Dingeldey gekommen, nachdem der Kanzler und auch der Finanzminister sich vorher gegen die Forderung des 300-Millionen-Abstrichs sehr verhalten hatten.

Das Kabinett, obwohl nicht hart, weil die Koalitionsparteien unter sich nicht einig sind, schließt sich dem Reichstag überlegen, weil dieser noch schwächer und durch die harten Gegenstände so gelähmt ist, daß eine Mehrheit gegen die Regierung überhaupt nicht aufgebracht werden kann. Es sei denn, daß die Sozialdemokratie sich zu der Opposition schließt. Diese Schwächung gilt aber so lange als unmöglich, als die Partei keine Reichstagsauflösung will. Die Verantwortung für Neuwahlen mit ihren unabsehbaren Folgen übernehme jedoch alle Parteien mit Ausnahme der Sozialisten rechts und links. Das weiß Dr. Brüning, und auf diesem Wissen beruht nicht zuletzt seine Macht und die Unangreifbarkeit seiner Stellung. (Sitzungsbericht auf der 2. Seite.)

Heute die illustrierte Beilage.

Westdeutsche
Sport
Zeitung

Kleine Bundeshilfe für Farmer und Arbeitslose.
Das ist gegen das Prinzip der Selbsthilfe, sagt Hoover.

Dober wies seine Erklärungen mit der An-
nung an den Congress, seine Thätigkeit so bald
möglich abzumachen und dem Land durch Er-
nung des Subjets und Beendigung der Tag-
ung eine sichere Grundlage für die Aufstel-
lung von Plänen zur Erholung von der Wirthe-
krisse zu geben.

Diese Forderung dürfte nicht befolgt werden, denn Vorab und die demokratischen Parteiführer im Senat haben sich zu sehr festgelegt, um zu zurückweichen zu können, und ein Umsturz in Washington hinaus zu führen der Obhut ist. Unvorsichtlichkeit, da diese Abrechnung die dem Novemberwahl nicht wiederholt werden, zu Gunsten stehen, in der Hoffnung, in der Zukunft zurückgehen zu können. Bezeichnend ist auch die führende demokratische Zeitung, New York Herald, New York Times, New York World, und Baltimore Sun, in der Forderung der demokratischen Regierung durchaus unzufrieden sind und finden, daß die New York Times' Erklärung "Somers' Insubordination" durch die "falsche Kritik der Demokraten wiederhergestellt werden", da man in diesem Land eine Forderung der nicht schließender Forderung und ebenso wenig vorwärts schreitender schließender Arbeiter als katastrophal betrachte.

[illegible]

Die „Bartnach“ des üblichen Familien

Neuseeland mit 245,000 Quadratkilometer genau fast so groß wie das Deutsche Reich von dem Weltkreis ist heute erst um rund anderthalb Millionen Menschen besetzt, bietet mit fünf Einwohner auf der Quadratkilometer also noch Raum für viele Millionen. Für eine weit höhere Bevölkerung scheitert außerordentlich günstige Verhältnisse. Trotz des hohen Meeresspiegels sind zwei Drittel des Gesamtgebiets nutzbar, fünf Millionen Acker mit Weid bestanden. Stetlich unter Kultur liegen heute aber erst vier Millionen Acker, davon aber sieben Millionen Grass- und Weideland. Das Klima ist ungewöhnlich günstig. Da Neuseeland im Gebiet der südöstlichen Breitenlinien liegt, hat es nicht wie Australien unter Mangel an Regen zu leiden. Das feine klimatische Lage bringt es mit sich, daß die Früchte hervor, die es hervorbringt, den gemäßigten Zone gibt. Im Norden reift man mit Vortz Apfelbäume und Birnen, neuerdings mit Erfolg auch einen guten Tabak. Die Rebe über die Grundlage zu einem nicht unbedeutenden Weinbau. Der gemäßigtere Süden ist dagegen das Land des Weizen, des Haars, wo alle Sorten Körnerfrüchte prächtig gedeihen. So überreift Neuseeland in der Erzeugung von Weizen mit 3 Doppelcentner je Acker (Deutschland 183) alle überseeischen Länder der Welt und wird nur von einigen kleineren europäischen Staaten mit außerordentlich hoher Kultur erreicht, um ein Geringes überflügelt. Die weiten Grassländer bilden einen günstigen Boden für die Viehzucht, und dank modernster Methoden hat man in diesem Gebiet in wenigen Jahren überaus hohe Fortschritte erzielt. Getreide, Futter, Wolle, Felle, sowie andere aber 30 Prozent der Ausfuhr aus.

Die J. 1847-48. Zeit 1848 in den Kirchen.
Die Aufstellungen auf Orth. und
Evangel. Kirchen sind in der Tabelle als
beide Kirchen angegeben. Beide Kirchen sind

Delegationen durch die Inflation die meisten Einkommen sinkender höher und mittlerer Position nach sich ziehen wurde. Trotzdem hat die American Legion eine starke Delegation hierher geschickt, die den Tag der Parlamentarier ein-
niste besuchte, so daß diese mit Rücksicht auf den letzten Vortrag der Legion auf die Wähler, besonders in den Bundesstaaten, größtenteils geneigt sind, einen Kompromißvorschlag durchzu-
setzen.

London, 1. Sept. (Frankfurt.) Nach einer Sitzung des „Daily Herald“ in der Abgeordnete Lady A. E. Dwyer, der Arbeiterpartei angeschlossen, gestern Abend nach Berlin abgereist. „Daily Herald“ zufolge ist es Dwyers Absicht, in Berlin mit maßgebenden Persönlichkeiten in Rücksprache zu treten. — Das Blatt nennt die Namen des sozialistischen Dr. Brünning und Reichsminister Treitschke. Als Thema der Verhandlungen, die er dort ausführen gedenkt, wird dem Organ der Arbeiterpartei der Komplex sozialistischer Forderungen genannt.

(Schluß von der 1. Seite.)

Deutschland (Kaiserland), 3. Febr. (Uniceb
1864.) Durch die am ganzen Erdbengelbte tiefe
Verarmung der Erde, bemerkt die bemängelte
Verwässerung durch mangelhafte Ordnung. Alle bis-
herigen Vorteile können darin überein, daß es
unmöglich zu Veränderungen und Ausschreitungen
gelungen ist. Jedermann arbeitet die Gerech-
ten fleißig unter Lebensgefahr daran, ihre Mi-
stungen zu befreien, die noch unter den Trümmern
liegen.

Aus der Stadt Kapier hat eine Massenflucht
eingeleitet. Die nach Süden führenden Straßen sind
mit Flüchtlingen bedeckt, die die Reize ihrer Habe
mit sich schleppen. Ein Teil der Bevölkerung war-
tet im Hafen darauf, von den Aicaschiffen
gehoben zu werden. Alle Handel-
sfahrzeuge, die sich in der Nähe befinden, sind auf-
landesgraphischem Wege zur Hilfeleistung be-
ordert worden. Das Rettungswort von der See
aus wird oft sehr durch behindert, daß sich
der Erdboden im Hafen gehoben hat.

Der Erste hat.

Der Staat steht an, als ob die das Opfer
rines Bombardements gewesen sei. Über-
all sitzen Feuerbrände und dicke Rauchschwä-
nzen liegen über der ganzen Gegend. Da die Wä-
sserwerke zerstört sind, ist die Befämpfung des
Feuers ungemein schwer. Bei den Aufnahmen
arbeiten war es in vielen Fällen nötig, Dynamit-
bomben zum Vorschein zu bringen. Ein großer Teil der
Beförderung des Schutt darauf eingerichtet, die
Schutt im Freien zu komprimieren, zum Glück herrscht
keine Sommerhitze.

Nied. Ausland (Niederlande), 4. Febr. (Univ. d. Press.) Die vorläufige Totenliste der Erdbebenkatastrophe gibt bereits 300 Opfer an. Mehr ist es in Rotterdam noch immer nicht gelungen, die Brände einzudämmen, so die angrenzende Stadt verheeren. Die Hilfs-

Die Eisenindustrie. Die Eisenerze-Vertheilung in den letzten Jahren einen beträchtlichen Aufschwung genommen und diese Steigerung durch Schmelzhallen bestärkt zu sein, ist den gesicherten Bedarf des Inlandmarktes. Ein Gemisch der Anforderungen seiner Fremdenlager in der Nähe von England aus. Deshalb ist, das andauernde Aufschwung noch für lange Zeit das Land mit ausländischer Nachfrage unabhängig machen.

In wohl diesem Zusammenhang Rußland befragten ist, sagt die Zeitschrift, daß sich innerhalb des Jahres 1907 bis 1908 das Volkserwachen um 1000000 und nach 11 Millionen Reichsmark vermehrt hat. Im Durchschnitt entfallen auf den Kopf der Bevölkerung also etwa 10000 RM. (rund 2000 in Deutschland). Überhaupt ist bei den glänzenden wirtschaftlichen Fortschritten des Landes keine große Zahl von Arbeitslosen. Obwohl die Bevölkerung schon des längeren nach Wapenscher gestillt wird und die Regierung Straßen- und Eisenbahnen in großem Umfange in Angriff genommen hat, indem besonders Kiewland fortwährend in Arbeit ist, mit der Zahl der Arbeitslosen nicht sinken. Das Resultat ist wohl das starke, mit dem sich das Domitium zu befassen hat.

Das Rußland kommt, nach Mexiko, zu es steigende der geringen natürlichen Bevölkerungszunahme nur auf dem Wege der Einwanderung erhalten kann. Die Nachschub auf die Arbeitskräfte mußte aber die Regierung die Einwanderung, die das Ausland nur in geringem Maße leisten würde, heranziehen. In die nie im unerschöpflichen Kalkulation, das heißt, ein unerschöpflicher Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu unterbreiten, daß wegen jeder Einwanderung nach Mexiko nicht verdrängt und über das weite Land hergehoben läßt. Die Einwanderer sind auch Rußland keine Verlust in jeder Hinsicht — und zwar auch — ändern müssen, wenn es bei dem großen Stiel um die Befriedigung im Pazifik unterworfen wird. Mit über 10 Millionen Menschen in es gegenüber der russischen Bevölkerung des Stiles

Kleine Vorlage. – Der Reichsarbeitsminister über die Aufhebung der privaten Stellenvermittlung.

Reichstag, 2. Februar. (Eig. Draht.)
Präsidenten Pöbe eröffnet die erste Sitzung des Reichstags im neuen Jahre mit einem von den Abgeordneten stehend angehörten Nachruf für den verstorbenen Alterspräsidenten David (Centr.) und die Abgeordneten Dr. David (Soz.) und Hoffmann - Kaiserslautern (Soz.).

Hdg. Rohmann (Rom.)
nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung zu
seiner Erklärung das Wort. Mit lauter Stimme
ruft er: Wieder sind zwei Arbeiter durch die
faschistischen Verbänden des Dr. Wöbbers er-
mordet worden! Der Redner verlangt die sofor-
tige Verurteilung eines kommunistischen Antrags
zur Aufhebung des Verbots des Roten Front-
kampfbundes und der Demonstrationsverbote.
Der sofortigen Verurteilung wird widerspro-
chen.

Herrn Reichardt (Nat.-Soz.)
begründet zum Bericht über die Reichshaushaltsrechnung 1929 einen Antrag, der Reichsfinanzminister möge genaue Aufklärung darüber geben, wie die für die Stärkung des republikanischen

Staatsgedankens und für die Verfassungsfeier
ausgeworfenen Mittel verteilt worden sind.
Der Antrag Mainhardt

Der Antrag Reinhardt wird gegen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt, der Auschlussbericht genehmigt. Es folgt die erste Beratung des Gelebenswurfs über die Entschädigung der durch den gewerkschaftlichen Stellenvermittler.

Hr. Jaegers-Gelle (Deutschn.) begründet dazu eine Interpellation seiner Fraktion, in der dagegen protestiert wird, daß dem Stellenvermittlergewerbe mit einem Federstrich die Existenz genommen werden soll. Die Entschädigung müsse über den vorliegenden Gelebenswurf allem Stellenvermittlern gewährt werden.

Arbeitsminister Dr. Stegerwald weist darauf hin, daß mit dem vorliegenden Entwurf, der § 55 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ver-
ändert werden soll, der bestimmt, daß die ge-
werbsmäßige Stellenermittlung vom 1. Januar
1931 ab verboten ist und daß den Stellen-
vermittlern, die seit dem 2. Juni 1910 das Ge-
werbe ausgeübt haben, eine angemessene
Entschädigung gewährt wird. Die ge-
werbsmäßigen Stellenvermittler für Artisten,
Bühnengedächtnisse, Chor, Tanzpersonal und
Musiker, bei denen diese Voraussetzung zutrifft,
werden für die Aufhebung ihres Gewerbes be-
schädigt. Die Kongräsenten dürfen
ihren Betrieb zunächst fortführen. Die übrigen
Stellenvermittler erhalten keine Entschä-
digung. In deren Stelle tritt die Erlaubnis,
ihren Betrieb, bis zum 30. Juni 1933 fort-
zuführen.

Die Nationalsozialisten hatten während der kommunistischen Rede mit Ausnahme der Abgeordneten Stehr und von Epp den Saal verlassen. Die Vorlage geht dann an den sozialpolitischen Ausschuss.

Die von den nationalsozialistischen Abgeordneten und Dr. Götzel gegen Ordnungsmassnahmen in einer früheren Sitzung erhobenen Einsprüche wurden gegen die Stimmen der nationalsozialistischen, deutschnationalen und Kommunisten zurückgewiesen.

Das Gesetz über die Erstattung von
riegswohlfahtsausgaben an die
ruder und Gemeinden wird nach kurzer Aus-
rache unter Ablehnung von Änderungsanträ-
en der Deutschnationalen und der National-
istalisten in zweiter und dritter Be-
atung angenommen.

Die Nationalsozialisten legen für jeden ihrer Änderungsanträge die namentliche Abstimmung durch, die zur Ablehnung der Angelegenheit mit 340 gegen 169 Stimmen und 4 gegen 224 Stimmen führte. Um 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 1. Uhr.

Abchluss der Besprechungen.
Ein verehrentlich Eingeladener.

Berlin, 3. Februar. (Draht.) Die Verhandlungen der Reichstagsparteien über eine Vergrößerung der Weisheitsordnung sind heute abend in einer neuen Besprechung unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Löbe zum Abschluß gebracht worden. Alle Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Nationalsozialisten, der Kommunisten und der Deutsch-

Deuts. China, Japan, den Vereinigten Staaten. Am Chinamächte verurteilt und kann nicht, wie es gern möchte, eine Rolle in der Weltpolitik spielen. Das würde sich natürlich von Grund auf ändern, sobald einige Duzend Millionen mit entsprechend erhöhter Wirtschaftsmacht seiner Politik den erforderlichen Rückhalt geben. Dann könnte sich Rußland, wie es sich schon heute mit Vorliebe nennt, in Wahrheit als die Vormacht des kühnen Pazifik bezeichnen. Es ist nicht anzunehmen, daß die führenden Kräfte diese auf der Hand liegende Last auf den Schultern ertrügen. Erdbeben und Vulkanausbrüche sind besonders auf der nördlichen der beiden Inseln, aus denen Rußland besteht, sehr selten. Das Land ist voll von teils erlöschenden, teils noch tätigen Vulkanen, heißen Quellen und Geisern. Ramentlich die Nordinsel besteht zu einem großen Teil aus jungvulkanischen Lavas und Aschsteinen. Erdbeben sind auf dieser Nordinsel nicht selten. Das letzte größere fand am 10. Juni 1886 statt.

Umwälzende Entdeckungen im Reich
der Technik. — Die Erfindung eines
jungen deutschen Gelehrten.

Die mannigfachen Veruche, die Sonnenenergie technisch nutzbar zu machen, haben zu Ergebnissen geföhrt, die ungeahnte Aussichten auf die Zukunft eröffnen können. In klimatisch begünstigten Ländern hat man sich demzui, die Sonnenstrahlen in einem System von Spiegeln aufzufangen, zusammenzufassen und damit besonders konstruierte Dampfketten zu betreiben. Bei größerer Bedeutung kommt der Erfindung eines jungen deutschen Gelehrten, Dr. Bruno Lange vom Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem, zu, dem es gelungen ist, Sonnenenergie mit Hilfe einer Wärmepumpe in Elektrizität umzuwandeln.

Schon seit Jahrzehnten ist der Wissenschaft be-
kannt, daß gewisse Metalle, wenn sie von einer
Lichtquelle bestrahlt werden, Elektronen aussen-

den. Den wesentlichen Bestandteil der bisher bekannten Photozellen bilden die sogenannten Alkalimetalle, z. B. das Kalium, das bei Belichtung Elektronen ausstößt. Bei der Entdeckung Langes handelt es sich jedoch um eine grundtätig andere Erscheinung. Ihrer Konstruktion liegt die Beobachtung zugrunde, daß an einer dem Sonnenlicht ausgesetzten Platte aus Kupferoxyd, die mit einer Kupferfolie versehen ist, Elektrizität entsteht. Verbindet man nämlich eine solche Kombination von Kupferoxyd und Kupfer mit einem elektrischen Meßinstrument, so zeigt dieses ohne Anwendung äußerer Hilfsspannung Ausschläge von über zehn Millivolt. Bei harter Strahlung beträgt die Gesamtleistung mehrere Mikrowatt.

In letzter Zeit ist diese Erfindung, an die zunächst zwar ein sehr großer Nachsatz gelegt werden konnte, deren praktische Bedeutung jedoch außer Frage stand, dadurch, erheblich verbessert worden, daß statt des Kupfers andere Metalle verwandt wurden, so daß die ursprünglich erzielte Energie wesentlich, d. h. auf das Fünffache, gesteigert wurde. Die von Lange erzielten Stromströme erreichen ein halbes Volt. Man kann heute bereits Photozellen bei Belichtung mit zerstreutem Tageslicht elektrischen Strom abgeben lassen, mit dem man nicht nur Glühlampen zum Leuchten bringen, sondern auch einen kleinen Motor antreiben kann.

Praktisch durchführbar sind weiterhin folgende Verwendungsmöglichkeiten der Photozelle: Man kann sie mit einem selbsttätigen Schreibinstrument für Helligkeitsbeobachtungen verwenden, man kann sie für Temperaturbestimmungen glühender Schmelzflüsse gebrauchen. Man kann sie als Lichtempfindungsanzeiger für Photographen aufbauen und als Relais zur Auslösung von Schaltvorgängen verwerten. Damit ist, gesagt, daß diese Methode der Umwandlung von Licht in elektrische Energie durchaus nicht als bloßes Laboratoriumsexperiment zu betrachten ist. Natürlich muß die Erfindung noch vervollkommen werden, aber der Weg ist gezeigt, auf dem Sonnenlicht in elektrische Energie umgewandelt werden kann.

Nationalen werden als Ergebnis dieser Verhandlungen schon am Mittwoch entsprechende Anträge einbringen.

An der Sitzung, zu der die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten nicht eingeladen waren, hatte auch der nationalsozialistische Abg. Meyer-Wesfalen teilgenommen. Seine Anwesenheit fiel den übrigen Anwesenden erst auf, als der vereinbarte Antrag ihm zur Unterschrift vorgelegt wurde, und er die Unterschrift verweigerte. Abg. Meyer-Wesfalen hat, wie sich nachher herausstellte, nur durch ein Versehen eine Einladung erhalten, die eigentlich dem Abg. Meyer-Wesfalen galt.

Berlin, 4. Febr. Zu den Vereinbarungen der Parteien über die Änderung der Geschäftsordnung des Reichstages wird noch berichtet, daß außer den bereits bekannten Abänderungen verschiedener Paragraphen der Geschäftsordnung auch eine Änderung des Redaktionsgesetzes vereinbart worden ist, die verhindern soll, daß Parlamentarier noch als verantwortliche Redakteure zeichnen können. Ferner ist beschlossen worden, Anträge zur Genehmigung von Strafverfolgungen künftig grundsätzlich zu genehmigen. In allen vorliegenden Fällen soll mit einem Schluß der Aufhebung der Immunität beschlossen werden.

Einigung mit der Volkspartei

Sicherungsmaßnahmen gegen Fehlbeträge im Haushalt.

Berlin, 3. Februar. (Eig. Draht.) Bericht. In den Besprechungen, die heute zwischen dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und dem Reichskanzler sowie dem Reichsfinanzminister stattgefunden haben, ist ein Weg gefunden worden, auf dem die Bedenken der Deutschen Volkspartei gegen die Aufstellung des Etats für 1931 durch eine neue Sicherung beseitigt werden können. In den Verhandlungen wurde die Aufstellung des Etats nach der Einnahmen- und Ausgabenliste grundsätzlich durchgesprochen. Dabei kamen auch die Vertreter der Regierung zu dem Schluß, daß wohl sicher mit beträchtlichen Einnahmefällen zu rechnen sei.

Weiter wurde von ihnen dann auch die Forderung geäußert, daß für diesen Fall der Einnahmehemmerung nur durch eine Ausgabebeurteilung, d. h. durch weitere Einnahmehemmerungen, einem Fehlbetrag abgeholfen werden kann. In diesem Sinne wurde zwischen den Vertretern der Deutschen Volkspartei und dem Reichskanzler sowie dem Reichsfinanzminister eine Vereinbarung getroffen, nach der für die Regierung in der Gestalt eines Ermächtigungsgesetzes im Rahmen des Reichshaushaltsgesetzes die Vollmacht gefordert werden soll, im Hinblick auf die Möglichkeit einer Einnahmehemmerung Einnahmehemmerungen in einem Umfang vorzunehmen, der jeden Fehlbetrag ausfüllt. Durch dieses Gesetz verpflichtet sich die Regierung, keine neuen Steuern und auch keine Anleihe als Mittel zur Deckung des Fehlbetrags

in Betracht zu ziehen, sondern lediglich weitere Einnahmehemmerungen im Etat.

Nach Ansicht der Deutschen Volkspartei ist damit das Ziel erreicht, das durch den Einnahmehemmerung der Deutschen Volkspartei angestrebt worden ist, d. h. die Regierung ist verpflichtet, etwaige Einnahmefälle nur durch Einnahmehemmerungen zu decken.

Zur Stilllegung der Güte Ruhrort-Weidrich

Keine Urabstimmung. Doch noch ein Weg!

Berlin, 4. Febr. (Eig. Draht.) Zu den Verhandlungen in der heutigen Sitzung der Güte Ruhrort-Weidrich beauftragte sich heute morgen mit dem Leiter der Verhandlungen zur Ausbreitung der Güte. Die Verhandlung hatte bis dahin aufzuweisen und verlief in ruhigem Rahmen. Betriebsratsvorsitzender Ruzon berichtete eingehend über den Gang der Verhandlungen. Der vom Leiter der Arbeitsämter Duisburg, Oberregierungsrat Weidrich, gemachte Vorschlag — Kurzarbeiterunterstützung — ist nicht erstirkt, von der Güte abgelehnt worden. Im übrigen stellte der Leiter fest, daß eine Urabstimmung unter der Belegschaft nicht stattfindet. Die Stilllegungsverhandlungen vor dem Demobilmachungskommissionar werden nunmehr am 11. Februar auf der Güte Ruhrort-Weidrich stattfinden.

Von verschiedenen Seiten wurde der Ernst der Lage betont, jedoch auch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich vielleicht doch noch ein Weg finden läßt, um die Stilllegung der Güte zu vermeiden. Außerdem wurde festgestellt, daß die Arbeiterchaft das Angebot der Vereinigten Stahlwerke unter seinen Umständen annehmen kann. Dies wurde auch in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht. Im übrigen hören wir, daß heute die Belegschaft der Steinfabrik der Stadtformateurei und der Stahlwerke mit insgesamt 350 Mann hilfslos gelassen werden soll.

Zuspaltung des Sozialkonfliktes in der Holzindustrie

Berlin, 4. Febr. In dem Tarifstreit in der deutschen Holzindustrie, der an verschiedenen Stellen des Reichs, hauptsächlich in Sachsen, zu Arbeitsniederlegungen geführt hat, haben im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen stattgefunden, die jedoch ergebnislos abgebrochen werden mußten, weil die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unüberbrückbar waren. Die Situation ist gegenwärtig so, daß sich 6000 bis 7000 Holzarbeiter im Reich im Auslande befinden, und es ist ein Streit zwischen den Parteien auch über die Frage entstanden, ob es sich bei dieser Bemannung um eine Ausbeutung oder um einen Streit handelt. Welche Schritte zur Beilegung des Konfliktes unternommen werden, ist noch nicht bekannt.

„Do X“ abermals beschädigt.

Der Weiterflug verschoben.

Das Palma, 3. Febr. (Draht.) Bei dem Startversuch mit dem neuen Schiff für den Weiterflug des Flugzeuges „Do X“ von Las Palmas nach Porto Braia auf den Kapverdischen Inseln wurde ein Span der Rapperrücken zerbrochen. Da keine Reparatur von der Heranführung von dazu benötigtem Material abhängt, ist die Ausübung dieser Reiseperiode nicht mehr möglich.

Explosion auf dem größten englischen U-Boot.

London, 3. Febr. (Draht.) Eine heftige Explosion, durch die sechs Personen schwer verletzt wurden, hat sich bei einer Probefahrt auf dem U-Boot „X 1“, dem größten U-Boot der englischen Flotte, ereignet. Das Schiff war ungefähr 20 Meilen von der Themsemündung entfernt, als eine heftige Detonation im Maschinenraum erfolgte und eine hohe, weithin sichtbare Flamme aus dem Innern ausströmte. Der U-Boot wurde vollkommen zerstört, so daß das U-Boot nur mit einem Motor nach dem Hafen zurückgefahren wurde.

Eine französische Gesellschaft erwirbt das Patentrecht der Daimler-Benz-Dieselmotoren.

In Paris ist unter Mitwirkung der Compagnie Generale de Construction de Locomotives (Societe des Ateliers de Construction de Locomotives) die Aktiengesellschaft Societe des Diesels gegründet worden, welche das ausschließliche Patentrecht für Frankreich und die französischen Kolonien erworben hat. Die neue Gesellschaft hat einen Vertrag mit der Daimler-Benz AG geschlossen, laut welchem der bekannte Gagganauer 5-Tonnen-Lichtmotor mit Daimler-Benz-Dieselmotoren in den Pariser Werken der Daimler-Benz-Fabrik in Serien gebaut wird.

Diese Nummer umfasst 16 Seiten.

Hauptredakteur: W. H. Zöllner. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Karl Söder. Schriftleitung: Dr. H. W. Doerflinger. Druck: Dr. H. W. Doerflinger. Verlag: Dr. H. W. Doerflinger.

Erhältet! Soeben Postlagernd geliefert.

Handelshaushalt und Wirtschaftskrise

Minister Schreiber vor dem Landtag. Das Verbrechen des „Revolutionsgredes“.

Berlin, 3. Februar. (Drahtbericht.) Der Preussische Landtag führte in seiner heutigen Sitzung die Eingabeberatung zur zweiten Lesung des Haushalts für 1931 fort. Die Abstimmungen sollen erst am Donnerstag erfolgen.

Es folgte die zweite Lesung der Haushalte der Handels- und Bergbauverwaltung und der Bergbauverwaltung. Mit der Beratung verbunden sind große Fragen über den Bergbau im Osten und die Ausbildung von Gewerkschaften sowie eine Anzahl von Anträgen des Hauptauschusses.

Handelsminister Dr. Schreiber

folgt in seiner Rede u. a. aus: Auch der Handelsminister steht im Zeichen der Weltwirtschaftskrise, die noch dadurch kompliziert wird, daß ihre Schwerepunkte auch politische Natur sind.

Er warnte davor, sich wegen der Möglichkeit einer Arbeitsbeschaffung im großen Stil falschen Vorstellungen hinzugeben, ebenso wie es nach, wie falsch und gefährlich die phantastischen Pläne des Nationalsozialistischen Föder, durch eine Art neuen Papiergelds die Wirtschaft zu beleben. Für sieben Milliarden RM. an Wert der Güterproduktion und 215 Milliarden Umsatz reichten wir mit sechs Milliarden Geld. Würden wir dieses Geld vermehren, so werden wir sicherlich nicht in gleichem Umfang Produktion und Umsatz vermehren, sondern nur die Zahl der Arbeitslosen erneut auf uns heraufbeschwören. Der Minister lehnte jeden gescheiterten Eingriff in die Kreditbedingungen der Banken ab. Der Nachteil, so betonte er, würde größer als der Vorteil sein. Denn die Banken arbeiten vorwiegend mit dem Geld ihrer Einleger.

In den Ursachen der Wirtschaftskrise gehört aber auch die ungeborene schnell sich entwickelnde Technisierung der Wirtschaft, die die Produktion viel schneller vergrößert, als sich die Absatzmöglichkeit steigern läßt.

Das Revolutionsgredes im Lande ist darnach ein Verbrechen an der deutschen Wirtschaft. Die politischen Ereignisse des letzten Jahres haben unsere Kreditbedingungen um 20 bis 25 Prozent verschlechtert. Unsere Lage ist jedoch nicht hoffnungslos, denn internationale und nationale Besserungszeichen werden sichtbar. Die Verantwortungsbewehrung, ohne Unterbrechung der

politischen Verantwortung, müssen sich zusammenfinden gegen die Schwarzfahrer und Abenteurer, die die Seele des Volkes vergiften.

Nach einer kurzen Beratung des Abg. Ockerroth (Soz.), der es als falsch bezeichnet, die Ursache der Krise in einer Überproduktion der Sozialpolitik zu sehen, wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Wie der Abgeordnete Menz (Wirtschaftspartei) zu den bestimmten Vorgehens an demselben Gericht — Verhandlung zweier angeklagter Doppelbürger durch den Amtsrichter Kauter, wiederholt Gegenstand kleiner Anträge im Preussischen Landtag — mitteilen läßt, hat er schon vor der ersten „kleinen Anfrage“ im Justizministerium die notwendigen Mitteilungen gemacht und streifte die Unterbrechung des Falles beantragt.

Die Verteidiger im Mordprozeß Ulbrich

Urteilsverkündung heute nachmittag.

Dr. Mendel, der Verteidiger des Angeklagten Stolpe, erklärte, daß Stolpe niemals diese Tat begangen hätte, wenn nicht zwei Momente mitgewirkt hätten. Die Liebe zu Luise Neumann und die Not, die es ihm unmöglich machte, alles zu bieten, was man einer geliebten Frau gerne bieten möchte. Dr. Mendel baut sein ganzes Alibi auf der Verteidigung Stolpes als Opfer schwerer Angriffe gegen Luise Neumann. Diese Tat ist nach Rechtsanwalt Mendel während des ganzen Prozesses verfolgt. Er versucht, in seinem Alibi die Überzeugungsfähigkeit anzuzweifeln und stellt sich auf den Standpunkt, daß die Angeklagten wohl erst einen Mord geplant haben, ihn aber aufgegeben hätten, als sie in den Laden eintraten und alle Augen auf einmal auf Luise Neumann gerichtet. In diesem Augenblick hätten sie sich mit der Angst begeben, und was sich später abspielte, das hat nicht mehr ein Produkt der Überzeugung und der Planung, sondern ein chomatologisches Handeln seitens des Angeklagten. Stolpe sei von seinem Vorsatz zurückgetreten, und das Verbrechen, das hier geschehen ist, stehe nicht einem Mord, sondern einem Selbstmord dar.

Als der Verteidiger u. a. erwähnte, daß Stolpe die Tat getan habe, zweier schöner Augen wegen, die der Luise Neumann gehörten, kam es zu einem Zwischenfall, der wieder sehr bezeichnend für die ganze Sinnlosigkeit der Verbrechen Neumann war. Die tief liegt das zwischen:

„Einen schönen ... bestie ich auch!“ Vom Vorsitzenden scharf gerügt und aufgefordert, sich zu mäßigen, sah sie dann wieder wie fast die ganze letzte Zeit hindurch hinter der Anklagebank verborgen. Der Angeklagte Benzinger sah gleichfalls so da, während Stolpe den Kopf auch bei den sein Schicksal bedeutenden Worten des Staatsanwalts dreht hochhielt.

Es plädiert hierauf Dr. Reichwald für den Angeklagten Benzinger. Mit bewegten Worten appelliert er an die Geschworenen, sich dieses erschütternden Falles, den der Angeklagte darstellt, anzunehmen. „Benzinger“, führt Dr. Reichwald aus, „ist dem Einfluss der Stürmeren erlegen. Symbol für den Seelenzustand und für das Schicksal Benzingers sei, daß, wie im Verlauf der Verhandlung herausgekommen ist, er von Stolpe geführt wurde. Benzinger hätte sich ebenso zu einer Gattin, die größtes Opfer verlangt, führen lassen. Es sei die Tragödie dieses Falles, daß die Führung ein Richard Stolpe und eine Luise Neumann gehabt haben. Benzinger sei am Verbrechen schuldig, aber die Geschworenen werden geachtet, wenn sie dem Angeklagten die Überzeugungsfähigkeit absprechen müssen.“

Justizrat Dr. Davidson, der Offizialverteidiger der Luise Neumann, kommt in seinen allgemeinen Rechtsausführungen genau zu demselben Ziele wie seine Mitverteidiger. Er sieht auf dem Standpunkt, daß hier kein Mord, sondern lediglich Selbstmord vorliegt.

Dr. Davidson ging davon aus, warum Luise nicht vor das Jugendgericht gestellt worden sei, und wandte sich gegen die irreführende Öffentlichkeit, die in seiner Mandantin die Anklage gegen Luise Neumann sei, wie alle Kinder ihres Alters, ein Opfer des Krieges, der Nachkriegsverhältnisse. Das Unglück habe es gewollt, daß sie, das kindliche, unrelle Wesen, bei solchen Menschen Anknüpf gefunden habe, die ihr verwerflich gewesen seien. Sie sei eine Beute ihrer schlechten Triebe geworden. Der Plan zum Mord sei in den Vorbereitungsstadien stecken geblieben. Selbst wenn der Stolpe Mord annehmen würde, so fehle bei den beiden anderen die Überzeugung. Das Gesetz verlange nicht Überzeugung beim Aussehen, sondern bei der Ausführung der Tat. Ob die Neumann ihrer geistigen und sittlichen Entwicklung nach fähig gewesen sei, ihren Willen ihrer Einsicht gemäß zu bestimmen, sei doch sehr zu bezweifeln. Das Gericht müsse deshalb auf Grund des Paragraphen 3 des Jugendgerichtsgesetzes einen Freispruch der jugendlichen Angeklagten in Erwägung ziehen. Sie komme dann sowieso in die Fürsorge. Sollte aber Überzeugung vorausgesetzt werden, so seien mildernde Umstände zuzubilligen. Nach einer Duplik des Staatsanwalts wurde die Sitzung geschlossen.

Aus dem Sinterhalt erschossen.

Berlin, 4. Febr. (Hunzl.) Heute früh um 9 Uhr, am letzten Verhandlungstag, erteilte der Vorsitzende den Angeklagten das Schlußwort. Sie äußerten nacheinander mit wenigen Worten, daß sie ihre Tat sehr bereuen. Der Vorsitzende, der daraufhin mit dem Gericht in die Periode eintrat, teilte den Angeklagten mit, daß die Urteilsverkündung nicht vor 3 Uhr eckl. aber auch später stattfinden würde.

Aus dem Sinterhalt erschossen.

Riesky (Oberlausitz), 3. Febr. Heute nachmittag wurden der Landläger Scholz und der Landläger Beyer auf der Straße von Riesky nach Seeburg hinter Riesky aus der Schanzung beschossen, aus der vor einigen Tagen die Kommunisten einen Überfall auf die Nationalsozialisten verübten. Landläger Scholz brach durch einen Bauchschuß schwer verletzt zusammen. Er wurde in eine Göttinger Klinik eingeliefert, wo er im Laufe des Nachmittags seinen Verletzungen erliegen ist.

Der Strafantrag im Tausend-Prozeß

Sechs Jahre Gefängnis.

München, 4. Febr. (Draht.) Zu Beginn der Verhandlung im Tausend-Prozeß lehnte das Gericht sämtliche neuen Beweisangebote der Verteidigung mit der Begründung ab, daß sie nicht geeignet seien, neue Aufklärung zu bringen.

Hierauf begann Staatsanwalt Dr. Schäfer mit seinem Plädoyer. Er führte u. a. aus, bis heute sei es noch niemand gelungen, Gold fälschlich herzustellen. Obwohl die technischen Kenntnisse des Angeklagten die eines Laien nicht übersteigen, habe er sich an unlösliche Probleme herangemacht, wie die Enabstrur des Reiches, die Goldherstellung, die Zerrüttung der Atome usw. Aber alle seine Erfindungen seien bei der wissenschaftlichen Nachprüfung als unbrauchbar befunden worden. Eingehend erörterte der Staatsanwalt dann die Frage, ob der Angeklagte darauf ausgegangen sei, sich einen Vermögensvorsprung zu verschaffen, oder ob er nur ein Spürhüter sei, der sich in der Rolle des Erfinders gefallt habe. Daß Tausend an seine Erfindung selbst nicht geglaubt habe, gehe daraus hervor, daß er mit unredlichen Mitteln gearbeitet habe. Nach dem Gutachten der Sachverständigen sei das erzielte Gold zweifelslos hinzugelegt worden. Das gehe schon daraus hervor, daß das Goldergebnis einzelner Versuche im Verhältnis zum Ausgangsmaterial ein größeres gewesen sei, als es durch eine chemische Reaktion hätte erfolgen können.

Der Staatsanwalt kam weiter auf die Vorgänge bei der Auflösung der Gesellschaft 164 und bei Gründung des Tausendischen Studienvereins zu sprechen, wobei sich Tausend gleich 25 Prozent der sämtlichen Eingänge zubilligen ließ. Damit sei auch sein materielles Interesse an der Gewinnung neuer Einzahler gegeben. Diese Einzahlungen betrugen bekanntlich 794 000 RM. Der Staatsanwalt stellte fest, daß nach den einhelligen Gutachten der Sachverständigen die Erlöse, soweit sie über Mißgramm-Erlöse hinausgingen, nur durch unfaire Machenschaften erzielt sein könnten.

Einen größeren Raum nahm auch die Besprechung der Versuche in der staatlichen Münze

in Anspruch. Der Staatsanwalt bezeichnete es als wahrheitsfalsch, daß der Angeklagte, dessen Goldfälscherhatter purlos verschwunden ist, diesen selbst habe verschwinden lassen, und daß aus diesem Verschwinden des Fälscherhatters der Erfolg in der Münze zu erklären sei. Es sei unmöglich, daß Tausend an sein Verfahren geglaubt habe. Sein Verbrechen, die erhaltenen Summen sofort in Grundstückskäufen fest anzulegen, spreche gegen seinen guten Glauben. Schließlich streifte der Staatsanwalt die Tausend zur Last gelegten einzelnen Fälle des vollendeten und versuchten Betrugs und beantragte hinsichtlich des Falles des Reichsanwalts Budelen, das Verbrechen vorläufig einzustellen, da er wegen des Nichterscheinens des Zeugen Budelen nicht in der Lage sei, den Angeklagten restlos zu überführen.

Am Schluß seines Plädoyers, in dem er Tausend als einen skrupellosen Gewohnheitsbetrüger und als einen internationalen Hochstapler bezeichnete, beantragte der Staatsanwalt wegen des fortgesetzten Betrugs des Betruges zum Schaden der Mittelsleiter der Gesellschaft 164 und des Studienvereins insgesamt eine

Gefängnisstrafe von sechs Jahren abzüglich einer Untersuchungshaft von einem Jahr sechs Monaten. Wegen der Niedrigkeit der im Falle Meinhold bewiesenen Gefinnung verlangte der Staatsanwalt für den Angeklagten fünf Jahre Freiheitsverlust. Die Kosten des Verfahrens sollten dem Angeklagten ausbezahlt werden und das gesamte Schmuckmaterial einschließlich des in der Kasse befindlichen Goldes eingezogen werden. Wegen des Betrugsversuches gegen den Verein bei der Auflösung Budelens wurde wegen Mangels an Beweisen Freispruch beantragt. In dem Betrugsfall wegen des Parlebens an Budelen wurde vorläufige Einstellung gefordert.

Gegen den bairischen Rechtsanwalt Dr. Budelen, der heute nicht erschienen war, beantragte der Staatsanwalt eine Strafe von 1000 Mark evtl. 10 Tage Haft.

Eine 5-stündige Sitzung der Stadtverordneten

100 Volksschulklassen

Das Sparprogramm der Verwaltung angenommen. Man rechnet mit 600 000 Mark Einsparungen. Abbau von Hilfskräften noch ungewiß. — Es bleibt bei dem Steuerbeschuß. — Nachprüfung von Mieterhöhungen in städtischen Wohnungen

werden abgebaut

Der Kassen-Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat einmal in einer sehr föhlichen Sitzung die Verwaltung der Stadt Wuppertal in der Verwaltung der öffentlichen Einnahmen so gestaltet, daß der Rat der Stadt in höchstens drei Stunden erledigt sei; er konnte beglückwünschen — aber in die Kasse für sich blicken, fand also auf allen Seiten des Hauses lebhaft Zustimmung — aber in die Kasse ist der fromme Wunsch unseres Wiffens noch niemals umgesetzt worden.

Gestern waren's wieder einmal fast volle fünf Stunden, und dabei trug die Verwaltung etwa gar nicht die Schuld, denn das vorliegende Material hätte bequem in einer kürzeren Zeitspanne verarbeitet werden können. Aber die Herren Stadtverordneten — —! Wenigstens manche unter ihnen. — — Da wird jede sich irgendwie eignende oder auch nicht passende Möglichkeit benutzt, um zum reinen Male der gelangweilt dahingehenden Zwangszurechtsetzung vom hohen Rothorn einer Bestandsaufnahme, einem politischen Parteiprogramm aus dem lieben Nachbarn die abgestempelte, wirklich allein echte Weisheit und Wahrheit aller Dinge zu predigen. — — Derweilen gleitet der Uhrzeiger von Stunde zu Stunde, und das Ende vom monotonen Liede ist — wie gestern —, daß ein Teil des Stoffes kurzer Hand mit dem Antrag auf Sitzungsschluß abgelehrt wird.

Es wäre wirklich an der Zeit, daß der Kassenrat wieder einmal zum Rechten fände, oder daß die Fraktionsführer den ihnen anvertrauten Parteikämpfern nahelegen, nach Möglichkeit die Politik aus dem Spiele zu lassen und sich kurz zu fassen. Die Länge der Reden macht's doch wirklich nicht. Einem dringlichst geäußerten Wunsch der allergrößten Öffentlichkeit würde damit Genüge getan.

Gleich zu Beginn stellte die Verwaltung einen Antrag, den in der letzten Sitzung gestellten Beschlüssen, die Erhebung der distinkten Steuern bis nach der Klärung der Rechtslage auszuweichen, wieder rückgängig zu machen, da er eine „Verletzung der Gemeindefinanzen“ bedeute. Die Mehrheit ließ aber auch diesmal bei dem alten Beschlusse. Rühmlich wird der Bezirksausschuß sein Nachwort sprechen.

Die Sitzung selbst brachte die zweite große Sparmaßnahme auf dem Gebiete des Schulwesens der Stadt Wuppertal: die Einsparungen bei den Volksschulen. Die Vorlage der Verwaltung, die eine Ersparnis von über einer halben Million Mark bringt, wurde angenommen, weil die Mehrheit der Ansicht war, daß man trotz aller inneren Hemmungen in der Durchführung des Sparprogramms auch an den Volksschulen nicht vorbeigehen darf. Begründend ist die Milderung, die im Abbau der 31 jüngeren Lehrer erreicht wurde. Eine Rundfrage soll an die Lehrerschaft erfolgen, ob ältere und fränkliche Lehrkräfte freiwillig in Pension gehen wollen. Es ist wohl anzunehmen, daß dieser Appell an das soziale und kollegiale Mitgefühl Gehör findet, und daß mancher der älteren Herren, der ohnehin im Genusse eines auskömmlichen Ruhegehalts steht, der jüngeren Kraft, die auch einmal ein bescheidenes Plätzchen auf der Sonnenseite des Lebens ergattern möchte, freiwillig weicht.

Ein „Zwischenfall Erlemann“ (der in der letzten Sitzung für die Zeit der Wahlperiode ausgeschlossene Kommunisten verurteilte als Presseverbreiter Einfluß zu finden) wurde schnell beigelegt.

Sitzungsbericht.

Bevor die Sitzung eröffnet wird, tritt der Kassen-Ausschuß zusammen, um zur Anwesenheit des kommunistischen Stadtverordneten Erlemann, der bekanntlich in der letzten Sitzung für die Dauer der Wahlperiode ausgeschlossen wurde, Stellung zu nehmen. Nach Beendigung der Besprechung eröffnet

Beigeordneter Dr. Weihen

die Sitzung um 5.10 Uhr. Er macht bekannt, daß Stadtver. Erlemann angeblich als Berichterstatter für die kommunistische Zeitung im Saal weilte. Der Kassen-Ausschuß sei jedoch der Ansicht, daß

sein Benehmen in der letzten Sitzung es unmöglich mache, ihn im Saal zu belassen. Nach Ausführungen der kommunistischen Stadtverordneten Spitzer, Dairan und Gottschalk, bei denen mehrere Ordnungsrufe erteilt werden, wird die Ansicht des Kassen-Ausschusses in der Abstimmung mit großer Mehrheit gutgeheißen. Einer Aufforderung, den Sitzungssaal zu verlassen, kommt Stadtver. Erlemann dann nach.

Eine Geschäftsordnungsdebatte, die der kommunistische Stadtver. Gottschalk in die Länge ziehen will, wird durch die Annahme eines Antrags auf Schluß der Debatte beendet.

Die Erhebung der Steuern

Beigeordneter Dr. Weihen

erwähnt kurz die Vorgänge in der letzten Stadtverordnetenversammlung. In der Sitzung vom 16. Januar wurde bekanntlich folgender Antrag angenommen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, die Rechtsgültigkeit der Erneuerung des Staatsamtmassars sowie der von diesem festgesetzten Steuern und Steuererhöhungen auf dem zuständigen Rechtswege festzustellen.“

Als zur Entscheidung hierüber wird die Erhebung der durch den Staatsamtmassars festgesetzten Steuern aufgeführt.

Die Abstimmung erfolgte getrennt für beide Fälle, die beide von der Stadtverordnetenversammlung angenommen wurden. Gemäß § 53 Abs. 2 der Stadtordnung für die Rheinprovinz in Verbindung mit § 17 des Zuständigkeits-

gesetzes wird der Beschluß, durch den die Stadtverordnetenversammlung dem zweiten Satz des Antrages zustimmt, wegen Verletzung des Gemeindeinteresses beanstandet. Sofern die Stadtverordnetenversammlung bei einer erneuten Beratung bei ihrem Beschluß beharrt, muß die Entscheidung des Bezirks-

ausschusses eingeholt werden.

In der Abstimmung spricht sich die Mehrheit der Stadtverordneten für die Aufrechterhaltung des Beschlusses aus.

Stadtver. Ripke (Nat.-Soz.)

fragt an, ob die Steuern denn nun bezahlt werden müssen.

Beigeordneter Dr. Weihen

bejaht, da hier gesetzliche Vorschriften vorliegen.

Rundfrage an die Lehrerschaft ergab, ob ältere Lehrkräfte freiwillig die Pensionierung beantragen. Im Verhältnis zu den Meldungen soll die Zahl der zu entlassenden Hilfskräfte verringert werden, unter keinen Umständen aber die Zahl 15 übersteigen.

Die Fraktionsgemeinschaft der Volkspartei und der Staatspartei hatte einen ähnlichen Antrag gestellt, der zugunsten des deutschen nationalen Antrages zurückgezogen wurde.

Die Aussprache

eröffnet

Stadtver. Rektor Damberger (Soz.)

Er führt aus, daß die Verwaltungsvorlage mit Nationalisierung und Sparmaßnahmen nichts mehr zu tun habe. Sie sei vielmehr der Ausdruck eines „kommunalen Defätismus“. Durch die Erhöhung der Klassenfrequenz sollten insgesamt 100 Klassen in Fortfall kommen, dazu sei die Entlassung der 31 Hilfskräfte zu rechnen. Auf dem ersten Bild sehe die Heraushebung der Klassenfrequenz von 38,8 auf 43 harmlos aus. Man müsse die so veränderten Verhältnisse aber einmal unter die Lupe nehmen. Heute seien schon Klassen mit 35—40 und mehr Schülern vorhanden. Es gebe 50 Klassen mit 50 und mehr Schülern. Nach der Verwaltungsvorlage würde die Zahl aber auf 161 steigen. Der heute vorhandene einen Klasse mit mehr als 60 Schülern würden dann 17 Klassen mit über 60 Schülern gegenüberstehen. Bei solchen Verhältnissen leide die individuelle Behandlung der Schüler, die unter den schwierigen Verhältnissen groß geworden, körperlich und seelisch benachteiligt seien und eine besonders sorgfältige Behandlung nötig hätten. Das Schlimmste an dem Verwaltungsvorschlag sei das Vorhaben, den Abbau schon in vier Jahren vorzunehmen. Der geplante Abbau werde in erster Linie die Bevölkerung selbst treffen. Die 31 Hilfskräfte stellten den Nachwuchs für die Lehrerschaft dar. Dies sei unsonst zu beachten, als die Lehrerschaft bereits überaltert sei. Gerade die jungen Lehrkräfte seien für den Turn- und Sportunterricht sowie für die unteren Jahrgänge besonders geeignet. Die Neuordnung im höheren Schulwesen sei mit der heutigen Volksschulvorlage nicht zu vergleichen, da zwei schwache Anstalten zu einer starken zusammengefaßt worden seien. Seine Fraktion lehne den Verwaltungsvorschlag ab.

Stadtver. Dülfer (Dntf.)

führt aus, daß die Notwendigkeit, bei den Volksschulen zu sparen, außerordentlich bedauerlich sei. Seine Fraktion hätte lieber gesehen, wenn die alte Frequenz erhalten bleiben könnte. Aber das Gesetz der Sparpolitik sei ein anderes, dem man folgen müsse. Auch bei den höheren Schulen habe man Opfer gebracht. Die Deutschnationalen stimmten deshalb der Erhöhung der Frequenz zu.

Dem zweiten Teil der Vorlage, der den Abbau von Hilfskräften vorsehe, könne die Fraktion nicht zustimmen. Die Gefahr der Überalterung sei nicht zu verkennen.

Mit einer einfachen Ablehnung sei jedoch nicht geholfen, man müsse deshalb einen Vermittlungsweg beschreiten. Die Verwaltung solle sich deshalb mit der Lehrerschaft in Verbindung setzen und feststellen, ob das Ziel durch freiwillige Pensionierung zu erreichen sei. Sollte sich die entsprechende Zahl nicht ergeben, so solle die Zahl der Abzubauenden auf 15 beschränkt werden. Gegebenenfalls könne auch diese Zahl noch anders festgesetzt werden.

Stadtver. Guhot (Staatspartei)

betont an Hand des Zahlenmaterials des statistischen Jahrbuchs der Stadt Wuppertal über die Frequenz der Volksschulen, daß in erster Linie von der Heraushebung der Klassenfrequenz die evangelischen und katholischen Volksschulen betroffen werden. Es müsse ein Ausgleich dafür geschaffen werden, daß in Zukunft die Kreiden Schulen, die Mädchen Schulen und die katholischen Volksschulen nicht besser gestellt würden. Ebenso werde die Auswirkung der Sparmaßnahmen bei Anstalten im Zentrum der Stadt stärker sein, als an der Peripherie. Schließlich trügen die unteren vier Jahrgänge der Schulen die Hauptlast, also gerade diejenigen Kinder, die in den Geist des Schullebens eingeführt wer-

Der Abbau bei den Volksschulen

Beigeordneter Dr. Schumann

begünstigt jedoch den folgenden Verwaltungsvorschlag:

„Um im Etat der Volksschule zu einer in die Budgets fallenden Ersparnis zu gelangen, ist es erforderlich, die Klassenfrequenz zu erhöhen.“

Zu Beginn des laufenden Schuljahres betrug die durchschnittliche Klassenbesetzung 38 (genau 38,28). Wird die Durchschnittszahl um 5, also auf 43 erhöht, so können 100 Klassen einspart werden. Das bedeutet eine Entlastung des Volksschuletats um 550 000 RM. Hierzu treten rund 50 000 RM. durch Ersparnisse an Heizung, Beleuchtung, baulicher Unterhaltung usw. so daß (und zwar ohne Schulzahnklinik) mit einer Gesamtersparnis von rund 600 000 RM. zu rechnen ist. Nicht in Rechnung gestellt ist hierbei der Wert der für andere Zwecke freizumachenden Schulräume.

Natürlich ist es unmöglich, 100 Klassen mit einem Mal einzusparen. Die Einsparung kann vielmehr nur schrittweise und nur in dem Maße geschehen, wie Stellen durch Tod, Pensionierung und Verbeirathung frei werden. Immerhin darf bereits im nächstjährigen Haushaltsplan mit einer Ersparnis von rund 150 000 RM. gerechnet werden.

Eine weitere sofortige Entlastung des Volksschuletats um 135 000 RM. (einschl. Sachausgaben) wird durch Nichtweiterbeschäftigung von 31 Hilfslehrern erzielt. Endlich ist es möglich, auch bei der Schulzahnklinik 30 000 RM. einzusparen. Insgesamt tritt also

bei der Volksschule im Etatsjahr 1931 eine Ersparnis von rd. 315 000 RM. ein.

Zwecks Durchführung der geplanten Maßnahmen wird beantragt:

a) Erledigte Lehr- und Lehrerinnenstellen sind einzulegen, bis eine durchschnittliche Klassenfrequenz von 43 erreicht ist.

b) Mit Beginn des neuen Schuljahres haben 31 Hilfskräfte auszuscheiden.

Beig. Dr. Schumann führte dazu aus, daß bei der Neuordnung im höheren und sonstigen Schulwesen im Hintergrund die Städtevereinnung gestanden habe. Anders lägen die Verhält-

nisse bei den Volksschulen. Schon vor der Vereinigung sei jede Gemeinde in der Lage gewesen, schwach besetzte Schulen zu vereinigen. Zwischen Städtevereinnung und Einsparungen bei den Volksschulen bestünde kein Zusammenhang. Der völlig einheitliche Charakter der Volksschulen schließe eine Typisierung aus. Die Vorlage sei ein Ausdruck der jetzigen Notzeit. Die Gesamtersparnis würden 600 000 RM. betragen. Von dieser Summe werde die Hälfte — etwa 315 000 RM. — bereits im Rechnungsjahr 1931 eingespart werden. Es falle der Verwaltung außerordentlich schwer, nun auch die Volksschulen in den Kreis der Sparmaßnahmen einzubeziehen und die Klassenfrequenz zu erhöhen. Von besonders einschneidender Bedeutung sei aber die geplante Entlassung der Hilfskräfte. 1924 habe man in Elberfeld Nationalisierungsmaßnahmen bei den Volksschulen durchführen können, ohne Entlassungen vorzunehmen. Leider sei es heute nicht möglich, einem Vorschlag der Schuldeputation und der Lehrerschaft zuzustimmen. Der Vorschlag sehe zwar eine Erhöhung der Klassenfrequenz um 5 vor, lehne aber die Entlassung der Hilfskräfte ab und wolle vielmehr den „natürlichen Abbau“ durch Tod, Heirat, Pensionierung usw. Räume dieser Vorschlag zur Annahme, dann würden im Jahre 1931 rund 135 000 RM. weniger gespart. Der Abschluß der Gesamtersparnis würde dann erst in vier Jahren statt in drei Jahren erfolgen.

Demgegenüber sei festzustellen, daß die Not der Junglehrerschaft nicht so schlimm sei, wie es auf den ersten Blick ersehe. Beispielsweise bestehe in Wuppertal ein Mangel an evangelischen, wissenschaftlichen Junglehrern, die im Bedarfsfall von Düsseldorf angefordert werden müßten. Bei den evangelischen und katholischen Lehrkräften sei es umgekehrt. Die Verwaltung werde aber ernstlich bestrebt sein, die abgebauten Hilfskräfte in Vertretungsfällen besonders zu berücksichtigen, wo überhaupt jede Härte möglichst vermieden werden solle.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte zur Verwaltungsvorlage folgenden Antrag gestellt:

„Um die Entlassung der 31 Hilfskräfte nach Möglichkeit zu vermeiden, soll zunächst eine

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Vorkriegspreise!

1 Tube 20 Pf. 3 Tube 50 Pf.

4 Tube 1.00 5 Tube 1.25

den sollen. Allerdings müsse man sich dem Jura der Notzeit fügen. So leide es ihm tue, seine Fraktion würde für den ersten Punkt der Vorlage der Verwaltung eintreten.

Zum Punkt 2: Abbau der Jung-Lehrer, erklärte er, daß die Bezeichnung „Jung-Lehrer“ nicht zutreffend; es handele sich zwar um junge Lehrer, aber doch um solche, die meist bereits 27 bis 33 Jahre alt seien. Wenn diese aus dem Arbeitsgang der Schulen ausgeschaltet würden, so wäre das eine große Gefahr. Der Abbau würde bei den davon Betroffenen lediglich eine große Verfristung zur Folge haben. Mit den Deutschnationalen sei er der Meinung, daß die Verwaltung mit alten und kräftlichen Lehrern in Verbindung treten solle, um diese zur Pensionierung zu veranlassen. Es werde sich auch der und jener dazu bereit finden. Nach Möglichkeit möge die Verwaltung darauf achten, daß die 31 Herren gehalten werden könnten.

Stadtb. Dattan (Komm.)

Ist der Ansicht, daß sich bei dem Abbau der höheren Schulen im Bürgerturn ein gewaltiger Sturm erheben werde; diesen vermöge er aber jetzt bei den Volksschulen. In den Junglehrern erblicke er diejenigen Kräfte, die eine Familie ausbilden und für die Zukunft wirken wollten. Bei dem Abbau würden die meisten aber der Volksschule zur Last fallen. Das sei kein Zweck der Intelligenz vor der Volksschule, die man immer an die Hand male.

Stadtb. Vatter Ganger Fr. Evang. Wahlvereinigung

Drückt der Volksschule den Dank für das aus, was sie geleistet habe. Sie sei so gut, daß sie eine Befreiung, wie sie jetzt vorgesehen sei, tragen könne. (Beifall.) Das Schulergebnis würde dadurch nicht schlechter. Der Lehrer würde ihm leid tun, der mit 43 Kindern in der Klasse nicht ebenso viel fertig bringe, wie mit 30. Er sei der Ansicht, daß die Kinder, die aus Schulen mit vielen Kindern hervorgehen, im Leben recht viel leisten, ebenso wie die Kinder aus kleinen Klassen, die in kleinsten Familien groß erzogen werden. Den Abbau der Volksschulen könne man nicht mit dem Fall des Varmes Gymnasiums vergleichen, wo man einen dreißigjährigen Baum umgelegt habe. Den Abbau der 31 Lehrer bitte er ohne Fährte durchzuführen.

Stadtb. Ripke (Nat.-Soz.)

Führt aus, daß der Volksschulabbau die zweite falsche Sparmaßnahme der Verwaltung sei. Ebenso wie bei den höheren Schulen, seien auch hier seine Freunde für die Ablehnung dieser angeblich notwendigen Sparvorlage. In dem Desernenten erblicke er den feindlichen Befürworter seiner Ablehnung. (Beifall.) Die Nationalsozialisten seien in dem heutigen Lehrerstand nicht in jedem Falle einen Zustand, der ehrenhaft sei: zum Beispiel habe er für die Kinder, die von Herrn Vamberger erzogen würden, ein fabelhaftes Mittelfeld. (Beifall.) Er frage die Verwaltung, ob bei dem Abbau nicht vielleicht auch politische Hintergründe vorlägen. (Beigeordneter Dr. Schumann: Nein.) Er glaube das dem Desernenten, aber er sei trotzdem der Ansicht, daß die nationalsozialistischen Lehrer in erster Linie abgebaut würden.

Stadtb. Fr. Stecher (Zentr.)

Hält ebenfalls die wirtschaftliche Notzeit für den Hauptgrund der heutigen Vorlage, aber der Abbau müsse auch seine Grenzen haben. Das Sparen könne sich ins Gegenteil verkehren, besonders beim Schulwesen. Ebe man dazu übergehe, frage sie, ab alle übrigen Sparmaßnahmen erschöpft seien. Man sollte mindestens den Versuch machen, diejenigen Schriftsätze zur Pensionierung anzufragen, die nicht mehr voll arbeitsfähig seien. Von der in Frage kommenden Lehrerschaft erwarte sie so viel Kollegialität, daß in dieser Hinsicht die nötigen Konsequenzen gezogen würden. Sie wünsche auch zu wissen, ob nicht an Wohnungsgeldern Einsparungen gemacht werden könnten in den Fällen, wo mehrere Mitglieder von Beamtenfamilien diese bezögen.

Stadtb. Homberg (Wirtsch.-V.)

betont, daß die Wirtschaftskrise auch auf kulturellem Gebiet zur Sparnot zwingt. Man könne deshalb auch bei den Volksschulen nicht daran vorbeigehen, die den Etat mit 5,6 Millionen M. belasteten. Man werde demnach Sparmaßnahmen treffen müssen, die noch einschneidender sein würden. Der Vorschlag des Kreisraths, erst auf anderen Gebieten Einschränkungen durchzuführen, sei praktisch unmöglich. Es sei wohl auch der Zinsen klar geworden, daß weitere Steuererhöhungen nicht mehr in Frage kämen; die vom Sparkommissar distinktierten Erhöhungen ständen lediglich auf dem Papier. Er sei sich darüber im reinen, daß mit dem Verwaltungsvorschlag das Bildungsniveau nicht gerade gehoben würde, aber es brauche auch nicht schlechter zu werden. Die 31 Herren brauchen ja nicht für immer auszuscheiden, sie könnten und sollten zur Vertretung von erkrankten Lehrkräften herangezogen werden. Dann müßte allerdings vorher die Dienstanfänger zurücktreten, wie das ja bei anderen Verwaltungszweigen auch der Fall sei. Im übrigen werde seine Fraktion dem Vorschlag zustimmen.

Beigeordneter Dr. Schumann

bittet um Aufklärung, wie der Vorschlag der Deutschen Volks- und Staatspartei gemeint sei. Wenn es sich nur um einen Bericht über weitere Pensionierungsmaßnahmen handele, den die Verwaltung erlassen solle, dann könne er zustimmen; wenn aber die Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung von einer Zahl abhängig gemacht werde, dann müsse er sich gegen den vollenportellischen Vorschlag wenden, weil dann keine Zeit mehr übrig bleibe, die Vorlage rechtzeitig durchzuführen. Im übrigen verweise er darauf, daß sich unter den Vorschlägen keine Verheißungen befänden; ferner antworte er Herrn Ripke, daß bei ihm keine politischen Rücksichten eine

Roller spielen. Er lege gar keinen Wert darauf, zu erfragen, welcher politischen Partei seine Lehrer und Lehrerinnen angehörten. Fr. Stecher gegenüber müsse er sagen, daß man bei den Sparmaßnahmen nicht an der Volksschule vorbeigehen könne, man müsse am Personalstand Einschränkungen vornehmen.

Stadtb. Spicker (Komm.)

polemisiert in längeren Ausführungen gegen die Vorlage, die er für einen gefährlichen Ausfluß der bürokratischen Gesamtpolitik hält.

Stadtb. Vamberger (Soz.)

betont, daß die notwendig gewordene Reorganisation der höheren Schulen nicht mit dem Volksschulabbau verglichen werden könne. Es sei kein dreißigjähriger Baum abgehackt worden, sondern die zwei an sich schwachen Gymnasien seien zu einer lebensfähigen Anstalt zusammengefaßt worden. Bei den Volksschulen sei es eine riesige Sparmaßnahme. Von dem Mittelfeld, das ihnen ausgesprochen worden sei, hätten die Amaleuter nichts. Sie würden zum Teil auf die Straße gesetzt. Man schädige sich selbst und das Vuppertaler Schulwesen, denn ein Teil der Kollegien sei überaltert und bedürfte neuer frischer Kräfte. Stadtb. Ripke sei heute schlecht in Form, weil er sich als nicht informiert gezeigt habe. (Zuruf vom Stadtb. Schüler, Soz.: Rektor Vamberger, nehmen Sie Ripke doch in Ihre Schule! Weiter.) Ja wohl, dann würde er besser vorbereitet hierher kommen. (Beifall.)

Stadtb. Siepermann (Freie Evang. Wahlvereinigung)

erklärt, daß seine Fraktion für Erhöhung der Klassenfrequenz sei. Im übrigen schlägt er vor, auf anderen Schulgebieten zu sparen, und zwar beim Verfallenenunterricht. Das sei annehmend eine Lieblingsidee des Beigeordneten. (Beia Schumann: Stimmt!) Der Verfallenenunterricht kostet viel Geld. (Widerspruch.) Früher habe man ihn auch nicht gehabt; man könne ihn fallen lassen. Zum Schluß bitte er die Verwaltung dringend, von dem Vorschlag abzugehen.

Stadtb. Merg (M.)

demängelt, daß man an der neuen Vohwinkel Schule eine Uhr für 500 Mark angebracht habe. Auch könnten die beiden Stadtdiener für Leibeshaltungen vereint werden, die ohnehin bereits unter einer Leitung ständen. Die Linke frage er, weshalb sie sich nicht mit gleicher Energie für den Abbau der Angestellten und Arbeiter eingesetzt hätten. (Die weiteren Ausführungen des Redners gehen unter in dauernden Zwischenrufen des kommunistischen Stadtverordneten (Linke.) Merg fährt fort: Es gebe nicht an, daß man Schulräte mit Beträgen von 8000 und 9000 M. pensioniere und hier sparte. Freiwillige Pensionierungen müßten stattfinden; er könne

sich nicht denken, daß Lehrer mit 60 Jahren noch fähig seien, Klassen von 40 Kindern gut zu leiten.

Beigeordneter Dr. Schumann

stellt ausdrücklich fest, daß es sich bei eventuellen Pensionierungen nur um solche Fälle handeln könne, wo Dienstunfähigkeit vorliege. Dem Stadtb. Siepermann gegenüber betone er, daß er tatsächlich ein Freund des Verfallenenunterrichts sei, auf den er mit Stolz blicke und der sich auch der größten Anerkennung der Regierung erfreue. Es sei aber keine persönliche Liebhabelei von ihm, sondern eine Reformbestrebung von großem Wert. Es würden im Verfallenenunterricht ja keine weniger großen Kräfte — ebenso wenig wie man beim Handarbeitsunterricht etwa Näherinnen ausbilde —, sondern die Kinder sollten lediglich für die Praxis des Lebens geschult werden. Der bedeutende Pädagoge Kerchensteiner in München sei darüber einverstanden, daß die Einführung des Verfallenenunterrichts in den Volksschulen.

Beigeordneter Dr. Bragard

weist darauf hin, daß bei Doppelverdienern (Mann und Frau) das gesetzliche Wohnungsgeld nur einmal gezahlt werde, sonst natürlich jedem Berechtigten. Er gibt dann die Zahlen über den Abbau in den anderen Zweigen der Verwaltung an. Danach sind abgebaut 78, freiwillig ausgeschieden 41, gestorben 15 und pensioniert 77, zusammen also 211. Das bedeute eine jährliche Gesamtersparnis von 557 000 Mark.

Die Abstimmung.

Zunächst wird über den ersten Teil des Verwaltungsvorschlags: Festsetzung der erhöhten Klassenfrequenz namentlich abgestimmt. Er wird mit 39 gegen 26 Stimmen angenommen.

Der deutschnationalen Antrag betr. Junglehrer wird in einfacher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Daraufhin wird der diesbezügliche zweite Teil des Verwaltungsvorschlags unter Einbeziehung des deutschnationalen Antrags in namentlicher Abstimmung mit 34 gegen 31 Stimmen ebenfalls angenommen.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wird Jahresrechnung und Vorschlag des Varmes Verschönerungs-Vereins ohne Aussprache genehmigt.

Das Mieteinigungsamt „stillgelegt“

Um die Vergütung für die stellvertretenden Vorstehenden.

Dazu führte

Stadthandikus Dr. von Kornakki

aus: Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 16. Januar 1931 beschlossen, die Vergütung für die stellvertretenden Vorstehenden des Mieteinigungsamtes von 15 auf 10 M. je Sitzung herab- und gleichzeitig den Sitzungsumfang von 9 auf 10 Verhandlungssitzungen herabzusetzen. Die Vorstehenden haben sich mit dieser Herabsetzung der Vergütung nicht einverstanden erklärt und

ihre Remter zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung hat infolgedessen die Sitzungen des Mieteinigungsamtes vorläufig einstellen müssen.

Die Vorstehenden sind bereit, trotz der Vergrößerung des Umfangs der einzelnen Sitzungen ihre Tätigkeit zu dem bisherigen Vergütungssatz von 15 M. weiterhin auszuüben. Sie berufen sich vornehmlich auf die zum Teil erheblich höheren Vergütungssätze in den benachbarten Großstädten. Nach den Ermittlungen der Verwaltung werden gezahlt: in Düsseldorf 15 M., in Essen 20 M., in Remscheid 20 M. und in Solingen 31 M. je Sitzung (in Solingen sind die Sitzungen umfangreicher als in den anderen Städten). Nach Angabe der Justizverwaltung gehört der Satz von 15 M. zu den geringsten Vergütungssätzen des Landesgerichtsbezirks. Die Verwaltung beantragt, den Satz von 15 M. wieder herzustellen.

Stadtb. Rahmann (Wirtsch.-V.)

bedauert, daß einige Richter die Stadtverordnetenversammlung „unter Druck“ stellen wollen, damit sie einen vor 14 Tagen gefassten Beschluß umstoße.

Stadtb. Dattan (Komm.)

lehnt ebenfalls ab. Es solle bei dem Beschluß bleiben.

Stadtb. Justizrat Lande (Soz.)

weist darauf hin, daß die Richter zum Vorberichten der Verhandlungen und zur Ausfertigung des Urteils viel Arbeit zu leisten haben. Die frühere Vergütung von 15 M. sei an sich schon reichlich gering.

Nach einem von den Stadtverordneten angenommenen Schlichtungsantrag des Stadtb. Herbst (Vpt.) wird die

Verwaltungsvorlage abgelehnt.

Es bleibt also bei den in der letzten Sitzung beschlossenen Sätzen.

Bewilligt werden sodann rund 6000 M. für eine Kabinenvergrößerung im Stadtb. Vohwinkel und 5500 M. für notwendige Erneuerungen in der Stadthalle Johannisberg-Elsfeld.

Der letztere Betrag setzt sich aus folgenden

Posten zusammen:
3000 M. für Erneuerung der Bühneneinrichtung im weißen und roten Saal,
1900 M. für Erneuerung von Vorhängen,
500 M. für die Erneuerung von 2000 Stuhlnummern-Schildern, da die alten unleserlich sind und zu Verwirrungen und Irrtümern Anlaß geben,
160 M. für die Beschaffung von Vorberäumen.

Zu diesen Punkten rügt

Stadtb. Siepermann

(Freie Evang. Wahlvereinigung), daß Bewilligungen für Erneuerungen in der Stadthalle dauernd auf der Tagesordnung erscheinen. Seine Fraktion lehne die Bewilligung ab. Es sei höchste Zeit, die Stadthalle zu verlaufen.

Beigeordneter Dröner

bemerkt, daß es sich um Verpflichtungen handele, die von der Stadt beim Abschluß des Baubauvertrages übernommen worden seien. Im Laufe der Zeit würden noch weitere Bewilligungsanträge kommen.

Stadtb. Rahmann (Wirtsch.-V.)

führt dazu aus, daß die Verwaltung ihren Verpflichtungen nicht nachzukommen brauche, sofern der Pächter seinen Verpflichtungen selbst nicht nachkomme.

Beigeordneter Dröner

erwidert darauf, daß die Erneuerungen unumgänglich notwendig seien, um eine Aufrechterhaltung des Stadthallenbetriebes gewährleisten zu können.

Stadtb. Müncher (Wirtsch.-V.)

weist darauf hin, daß die Stadthalle seinerzeit sehr heruntergekommen sei. Die notwendigen Erneuerungen müßten unbedingt gemacht und dürften nicht länger hinausgezögert werden. Bei der Schadhaftigkeit der Bühnen im roten und weißen Saal könnten leicht Unfälle vorkommen, wobei die Stadt schadenhaftig sei.

Stadtb. Korte

(Freie Evang. Wahlvereinigung) fragt an, welche Rechte die Stadt hierbei habe und ob sie sich seinerzeit einen Einfluß darauf gesichert habe, welche Veranstaltungen in der Stadthalle abgehalten werden dürften. Vor einiger Zeit sei dort während der Kirche ein Vortrag über Empfängerüberhöhung gehalten worden. Man könne eine Bewilligung nicht befehlen, wenn die Verwaltung keinerlei Einfluß habe.

Stadtb. Wülfing (Dnt.)

bittet, die Vorlage zu bewilligen. In den Jahren vorher sei infolge der unsicheren Baubauverhältnisse

zu wenig für die Stadthalle getan worden. Die Bestimmungen des neuen Baubauvertrages müßten eingehalten. Es sei bedauerlich, daß die Bewilligungen für Erneuerungen so „pen à pen“ in die Stadtverordnetenversammlungen getragen würden. Man vermisse eine Gesamtausschüttung darüber, was alles notwendig sei.

Stadtb. Herbst (D. Vpt.)

bemerkt, daß man auch am falschen Ende sparen könne. Wenn man die Stadthalle verkommen lasse, so werde sie ein schlechtes Geschäft.

Nach dem durch Abstimmung herbeigeführten Schluß der Debatte führt

Beigeordneter Dröner

in seinem Schlußwort aus, daß die Verwaltung bereits im zuständigen Ausschuß genaue Angaben gemacht habe. Die Verwaltung habe Rechte. Ueber ihre Art und ihren Umfang könne in öffentlicher Sitzung nichts gesagt werden. In einer geheimen Sitzung werde man jedoch jede Auskunft geben.

Die Verwaltungsvorlage betr. Festsetzung von Einheitsätzen für die Umlegung zur teilweisen Deckung der Kosten für Straßen-Entwässerung, Befestigung und Wasserleitungsanlagen sowie für Straßenunterhaltung wird darauf nach kurzer Aussprache und einer reaktionellen Änderung genehmigt, desgleichen die Vorlage über die Einziehung von Anliegerbeiträgen zu den Kosten der Asphaltierung der Fahrbahn und der Erneuerung der Bürgersteige des Alten Marktes Varmen.

Der Pflasterung der Fahrbahn und der Erneuerung der Bürgersteige der Weidenstraße und der Tannenstraße in Elsersfeld, des Ausbaus der Reigenerstraße zwischen Hochstraße und Katernberger Schulweg in Elsersfeld.

Ein Antrag des Stadtb. Homberg (Wirtsch.-Vpt.), der eine Ermäßigung der Beiträge verleiht, verfällt der Ablehnung.

Weitergenehmigung der marktähnlichen Veranstaltungen in Wuppertal.

In den Ortsteilen Elsersfeld, Cronenberg, Ronsdorf, Bebenburg und Vohwinkel haben bis zur Bildung der Stadt Wuppertal marktähnliche Veranstaltungen (Kirmessen, Schützenfeste usw.) stattgefunden. Es ist beabsichtigt, die weitere Genehmigung dieser Veranstaltungen zu beantragen.

Es handelt sich um:

1. die Sonnborner Kirmesse am dritten Sonntag und folgenden Montag und Dienstag im September,
2. die Kirmesse in Rüngsten an den Pfingsttagen,
3. die Kirmesse in Cronenfeld am ersten Sonntag und folgenden Montag und Dienstag im August,
4. das Schützenfest in Cronenberg am ersten Sonntag und folgenden Montag und Dienstag im September,
5. die Kirmesse in Ronsdorf am ersten Sonntag und folgenden Montag und Dienstag im Juni,
6. Kirmesse und Vienenmarkt in Holtshausen am dritten Sonntag und folgenden Montag im August,
7. das Kirchweihfest in Bebenburg am Himmelfahrtstag,
8. das Schützenfest in Bebenburg am ersten Sonntag u. folgenden Montag im August,
9. das Schützen- und Volksfest der Schützengesellschaft Vohwinkel e. V. am ersten Sonntag im Juli.

Die Versammlung stimmte ohne Debatte zu.

Nach der Wahl des Verwaltungsausschusses für die Hans-Heinrich-Freimuth-Stiftung wird zu Punkt 10 die Wahl der

Sachverständigen zum Schutze der Stadt gegen Verunstaltung

durch Stimmzettel vorgenommen. Gewählt werden:

1. Sachverständige: Regierungsbaumeister a. D. Carl Conrad, Elsersfeld, Architekt C. J. Ragner, Varmen, Architekt A. Regel, Elsersfeld, Stadtb. Landowski (Soz.), Varmen.
2. Stellvertreter: Stadtbauinspektor Vorchering, Varmen, Architekt Prof. K. Bach, Varmen, Stadtbauinspektor Kückle, Varmen, Konrad Lange, Elsersfeld.

Die Arbeitszeit in städtischen Betrieben.

Punkt 11 der Tagesordnung sieht eine Reihe von sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen vor.

Der Antrag der Sozialdemokraten lautet:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich beim Arbeitgeberverband rheinisch-westf. Gemeinden dafür einzusetzen, daß derselbe zur Verhütung weiterer Entlassungen städtischer Arbeiter und evtl. Reueinführung von Arbeitslosen mit den Gewerkschaften eine Verklärung der Arbeitszeit in städtischen Betrieben vereinbart, entsprechend den

Das stärkende Malzbier

Vitaminkraftborn
verdient mit Recht die Bezeichnung
„Genusmittel“.
Dortmunder Rillerbrauerei A. G.

Kaufungen, die von der Epithemorganisation der kommunalen Arbeitgeberverbände ergangen sind. — Eine Kürzung der Stundenlöhne darf nicht erfolgen.

Der kommunistische Antrag fordert:

„Bei den städtischen Werken und Betrieben werden weder Lohnabzüge noch Entlassungen vorgenommen. In solchen Betrieben und Betrieben, wo die Stadt Aktien besitzt, wird sie alles daran setzen, obige Forderungen durchzuführen.“

Für die Sozialdemokraten begründete Stadtv. Daum, für die Kommunisten Stadtv. Dattan die Anträge.

Die Mieten in städtischen Wohnungen

Dazu liegt vor ein Antrag der Sozialdemokraten:

„Stadtoberordnetenversammlung wolle beschließen: Die Friedensmieten der städtischen Wohnungen, von denen ein Teil minderwertig ist, erneut nachprüfen, da die inzwischen gemachten Feststellungen Unrichtigkeiten in der Höhe der Friedensmieten ergeben haben, die eine erneute Prüfung der Wohnungen und der Mietpreise verlangen, um ungerechtfertigte Mietssteigerungen auszuschließen.“

Ferner zwei Anträge der Kommunisten:

1. „Die Mieten der städtischen Neubauten werden auf den Stand der Mietmiete vorigen Jahres festgesetzt.“

2. „Gegenüber den Mietern in den städtischen Neubauten, welche Miete rückständig sind, werden keine Zwangsmaßnahmen ergriffen.“

Stadtv. Lehmann (Soz.)

bemerkt in seiner Begründung, daß die städtischen Wohnungen, die für die minderbemittelte Bevölkerung gebaut worden seien. Bewußte Luxusbauten seien durch Beschlässe der bürgerlichen Mehrheit entstanden. Die hohen Mietssteigerungen seien untragbar und man solle bedenken, daß ein Unterschied sei zwischen den Einnahmen, die auf dem Papier stünden und den tatsächlichen Einnahmen. Der Redner kritisierte die Festsetzung der Friedensmieten, die an vielen Stellen zu hoch sei und oft die tatsächliche Friedensmiete um 15 bis 35 Prozent übersteige. Auch seien die Häuser teilweise in einem sehr schlechten Zustand und die Verwaltung wolle sich, notwendige Reparaturen und Erneuerungen ausführen zu lassen. Stellt man sich — so in Worten — Stellenbed — sei es vorzunehmen, daß man Mansardenwohnungen höher bewertet habe als die erste Etage des gleichen Hauses. Beschwerden hätten nichts gebracht. Als Antwort auf eine Resolution sei sogar eine noch höhere Steigerung erfolgt.

Stadtv. Spicker (Komm.)

behauptet, daß für die Verwaltung der städtischen Häuser festbesetzte Beamte verwendet werden, die sich damit ein Nebenbrot verdienen von 150 bis 200 monatlich verdienen.

Beigeordneter Dröner

erwidert, daß die Nachprüfung der Friedensmieten durch einen Mietsprüfungsausschuss erfolgt sei. Dabei habe man ummöglich die 3600 Wohnungen alle besichtigen können, jedoch seien alle Einsprüche diesem Ausschuss vorgelegt und von ihm geprüft worden. Man habe die Wohnungen in 14 Gruppen eingeteilt. Die festgesetzten Mieten stiegen sich von 80 bis 150

Beigeordneter Dr. Bragard

bittet dringend, den Anträgen nicht stattzugeben, da bei einer Annahme die schwachen Schiedsverhandlungen schwer gefährdet würden. Der sozialdemokratische Antrag sei gleichlautend den Forderungen der Gewerkschaften. Wenn die Verwaltung auf Grund eines etwaigen Beschlusses nun als Mitglied des Arbeitgeberverbandes eine der Stellung des Verbandes entgegengegesetzte Haltung einnehmen müßte, so würden sich schwerwiegende Konsequenzen ergeben. Man solle vielmehr dem Schiedsverfahren seinen ungehörten Lauf lassen.

Die Anträge werden dann in der Abstimmung abgelehnt.

pro Jahr und Zimmer. Man habe den 50prozentigen Aufschlag nehmen müssen, um Anspruch auf die Jnsparbörderung für Hausinspektoren zu bekommen. Es sei zu bedenken, daß bei der beantragten Senkung der Zuschuß zu den städtischen Wohnungen, der heute 700 000 betrage, dann auf 1 Million steigen werde. Dazu müsse man evtl. den Jnsverlust infolge der entgangenen Verbilligung in Kauf nehmen. Die Einsprüche würden gewissenhaft geprüft und der Mietsprüfungsausschuss lasse die Beschlässe, an die die Verwaltung gebunden sei. Die Vermietung müsse nach wirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen. Mieter, die nicht zahlen könnten, müßten sich an die betreffenden Fürsorgestellen wenden. Ab 1. April werde die Verwaltung der städtischen Häuser einheitlich aufgezogen werden. Dabei solle kein Verwaltungsbeamter mehr Verwendung finden. Beia. Dröner bittet, die Anträge abzulehnen.

Stadtv. Rektor Rüppers (Zentr.)

bemerkt, daß in manchen Fällen Härten und unrichtige Einschätzungen vorgekommen seien. Binschenswert sei auch, daß zukünftig bei einer Festsetzung ordnungsgemäße Stadtoberordnete für die einzelnen Stadtteile vorhanden würden, damit ähnliche Fehlentscheidungen vermieden würden. Er stimme dem sozialdemokratischen Antrag auf Nachprüfung besonderer Fälle zu.

Stadtv. Homberg (Wirtsch. V.)

findet die Anträge unverständlich. Man habe den Ausschuss bezüglich für die Nachprüfung eingeseht. Daß bei 3600 Fällen hier und da Irrtümer vorkommen, sei verständlich. Die zu besetzenden sei Aufgabe des Ausschusses.

Stadtv. Simon

(Fr. Evang. Wahlvereinig.) bemerkt, daß der Ausschuss die Prüfung nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen habe.

Stadtv. Gottschall (Komm.)

der in seinen Ausführungen die Stadtoberordnetenversammlung als „Schweinefresser“ bezeichnet, erhält einen Ordnungsruf.

Beigeordneter Dröner

zugelassen hat, eine Nachprüfung von Einzelfällen vorzunehmen, ist der sozialdemokratische Antrag angenommen. Die beiden kommunistischen Anträge werden abgelehnt. Auf einen Antrag des Stadtv. Hoffmann (Soz.) hin wird der letzte Punkt der öffentlichen Sitzung, der einige Anträge vorsieht, vertagt. Eine nichtöffentliche Sitzung schloß sich an.

ihre ursprüngliche Tätigkeitsgebiete zu verweisen. Also Stadtoberordnete „Hände weg“ von der Privatwirtschaft. Die Ausführungen des ehemaligen Syndikatsbeamten sind so widersprechend, daß man nur annehmen kann, daß ihm weder die jetzigen Zusammenhänge der gesamten Kohlenwirtschaft noch das Gedächtnis des Großvertriebs überhaupt bekannt sind. Richtig ist, daß die Stadtverwaltung bezugsberechtigt beim Kohlen-Einkauf ist, und es ist daher doppelt unverständlich, warum sie ihre Kohlen vom Großvertrieb einkauft, der nicht einmal weder beim Syndikat noch bei den Syndikats-Gesellschaften bezogen kann, sondern außerordentliche Mengen auf der einen Seite vertreibt und andererseits sich vom Plaghandel Syndikatsmengen auf Umwegen beschafft und an die städtischen Betriebe abgibt. Ich erlaube einen unläuteren Wettbewerb darin, daß seit 1924 alle städtischen Aufträge in Elberfeld ohne Ausschreibung dem Großvertrieb zugewiesen werden und daß seit der Städtevereinigung sein Geschäftsführer als städtischer Beamter im Ortsteil Warmen usw. während seiner Dienststunden bei den einzelnen Dezernaten um Aufträge wirbt. Wie weit ferner der legitime und bei den Syndikats-Gesellschaften bestehende Handel liefere, ist vermag der angehende Kleinhandlertöchter und aus der ehemaligen Syndikatsbeamte nicht zu sagen. Der legitime Handel hat durchaus kein Interesse am Fortbestehen des Großvertriebs in der jetzigen Form der Zusammenlegung und Geschäftsführung; denn er kann, ob Klein- oder Großhändler, seine Brennstoffe in der Kohlenwirtschaft von den Handelsgesellschaften des Ruhrkohlen-Syndikats wagnislos beschaffen. Dadurch ist der gesamte Handel hinsichtlich der Preise gleichgestellt, so daß der Kleinhandlert in keinem Falle benachteiligt ist. Inwiefern der Stadtoberverwaltung durch den Großvertrieb Schäden entstanden ist, soll hier unbedeutend bleiben. Was der Öffentlichkeit aber nicht vorenthalten bleiben soll, ist die Tatsache

daß ausgerechnet ein Unternehmen, an welchem die Stadt beteiligt ist, holländische Kohlen hier einführt und das in einer Zeit, wo der Ruhrbergbau Tausende von Arbeitsträften nicht beschäftigen kann, weil nicht genügend Absatz vorhanden ist.

Städtische Beamte gehören in städtische Betriebe und dürfen nicht von der Stadtverwaltung durch solche Handelsgebilde künstlich gehalten werden. Wenn die Stadtverwaltung bei der Gründung des Großvertriebs dennoch bei ihr festgesetzte Beamte in die Geschäftsführung des Großvertriebs entsandt hat, so kann sie das m. E., wie der frühere Syndikatsbeamte meint, nicht damit begründen, daß man mit der Beaufichtigung der Betriebe jemand betrauen wollte, der mit der Materie des Kohlenhandels sehr gut bekannt war. Abgesehen davon, daß sich genügend geeignete Leute aus der freien Wirtschaft für viele Posten gefunden hätten, wären die Interessen der Bürgererschaft mit derselben Beschäftigung und mit demselben ausgeprägten Gerechtigkeitsinn wahrgenommen und vertreten worden, wie von den heute noch beschäftigten städtischen Beamten. Wenn man ferner glaubt, es wäre eine energische neutrale Hand durchaus nötig und am Platz gewesen, weil die mittleren und kleinen Händler sonst vom Großhandel an die Wand gedrückt würden, dann steht für diese Behauptung jeder Beweis. Es gibt ja im Ruhrkohlenhandel seit 1925 (Syndikatserneuerung) keine Großhändler mehr und wie bereits gesagt, sind alle Plaghändler mit gleichen Rechten bei Liebernahme gleicher Pflichten versehen. Dabei ist auch der Großvertrieb kein Großhändler und nicht leistungsabhängig, als wie jeder Plaghändler.

Es wäre ein dankbares Gebiet für die Angestellten-Gewerkschaften, hier einmal nach dem Rechten zu sehen und dafür zu sorgen, daß in diesen Stellen arbeitslose kaufmännische Angestellte untergebracht werden. Das wäre im richtigen Sinne soziale Gerechtigkeit.

Mus Elberfelds Nordwesten

Wünsche des Bürgervereins.

Der Bürgerverein der Nordweststadt hielt seine Hauptversammlung ab. Die Bilanz des Geschäftsjahrs 1930 zeigt leider kein günstiges Ergebnis, da eine Reihe unerfüllter Forderungen zurückbleibt, trotzdem es an der erforderlichen Initiative nicht gefehlt hat. Wenn aus den Eingaben die Anerkennung der Berechtigung seitens der Stadtverwaltung nicht erfolgt wäre, so würden doch alle Anträge, die eine Verbesserung der Situation von Mitteln notwendig machten, aus Sparmaßregeln abgelehnt werden. Der Verein hat sich für den beantragten Zweck mehr vorbereitet, als abgesehen. Der Verein wird der Anregung der Verwaltung folgen und die zurückgestellten Anträge zu gegebener Zeit wieder aufgreifen.

Sobald es sich bei den Eingaben um Fragen verkehrspolitischer Art handelt, war den Anträgen ein voller Erfolg beschieden. Das Vereinsleben machte im abgelaufenen Geschäftsjahr die Abhaltung einer Reihe von Vorstandssitzungen neben den üblichen Mitgliederbesammlungen erforderlich. Der Mittelbesand betrug Ende 1929 339, Ende 1930 330. Der vom Kassierer erstattete Kasienbericht ergab ein Bild geordneter Finanzen. Den Dank erstattete die Versammlung dem Vorstand durch einstimmige Entlassung. Wie in den vorausgegangenen Jahren, so hatte der Verein für ihre 25jährige Zugehörigkeit zum Verein zu danken. Die Ehrung nahm der erste Vorsitzende W. Schmid vor, der den Jubilaren nach einer treffenden Ansprache ein künstlerisches Ehrenblatt überreichte. Die turnusgemäß auswechselnden Vorstandsmittelglieder wurden, mit einer Ausnahme, einstimmig wiedergewählt, während für ein Vorstandsmitglied die Ergänzung aus der Versammlung erfolgte.

Als ein Gefahrenpunkt entwickelt sich die Gde Karlstraße — Friedrichstraße. Nachdem der Straßenbau-Neumarkt-Kloppbahn von Woll 13. Ratenauftrags für die Durchfahrt in Richtung Kloppbahn gesperrt ist, nimmt die Mehrzahl der Wagen jetzt den Weg Neumarkt — Friedrichstraße — Karlstraße zur Durchfahrt. Die Stellung eines Verkehrspunktes an der Kreuzung Friedrichstraße — Karlstraße sei daher bei dem ständigen zunehmenden Verkehr unbedingt erforderlich. Wünsche über den Ausbau des Verbindungsweges zwischen Sauerstraße und Grünwaldstraße und Verbesserung der Straßenverhältnisse auf dem Grünwaldweg sollen vor der Entscheidung der Verwaltung zugeteilt werden.

Einer eingehenden Kritik wurde die Besetzung der Hoch- und Marienstraße als Hauptverkehrsstraße in der Nordweststadt unterzogen. In der Frage der Besetzung des Oberbürgermeisters vertritt die Versammlung voll und ganz den Standpunkt des Verbandes, daß nur eine mit den hiesigen Verhältnissen vertraute Persönlichkeit in Frage kommen könne. Diese Persönlichkeit wird in der Person des früheren Oberbürgermeisters Dr. Rischbaum erblickt. Da aber auch das Wort „Hören“ eine große Rolle spielt, falls es sehr ins Gewicht, wenn neben solch hohem Etat noch das Gehalt für einen dritten Bürgermeister zu zahlen wäre, falls die Kandidatur eines anderen Bewerbers berücksichtigt würde.

Müllermeier und Sogonlampen...

Straßenwünsche vom Rott.

Die Rottler Bürger-Vereinigung hielt gestern im Vereinslokal, der Restauration Albert Vogel, ihre Monatsversammlung ab. Es wurde mitgeteilt, daß dem Antrage des Vereins auf Abänderung eines Beschlusses an der Gde der Horn- und Kissenstraße nicht entsprochen worden sei. Die Stadtverwaltung habe einen ablehnenden Bescheid erteilt und darauf

hingewiesen, daß sich in der Nähe dieser Stelle genügend Brieftasten befinden. Ein Schreiben des Verkehrsvereins, das für einen besseren Besuch des Rottler Stadthaus warb, gab Gelegenheit zu Fragen über die Ausgabe der Theaterkarten. Der Vorstand wurde beauftragt, die Angelegenheit an zuständiger Stelle zur Sprache zu bringen.

Ein Mitglied des Verbandes heimattreuer Oberlehrer, Julius Franke, hielt sodann einen Vortrag über das Thema: „Ober Elberfeld in der Rot“. Er fand warme Worte für die vom deutschen Vaterlande abgerissenen Gebiete und seine Bevölkerung, die trotz der polnischen Minderheiten im Osten deutsch blüht. Der oberelberfelder Soldat habe im Weltkrieg seine Pflicht getan, er habe bei den polnischen Aufständen für sein deutsches Vaterland gekämpft, und versetzte auch jetzt noch unter polnischer Regierung sein Deutschtum. An reichem Zahlenmaterial zeigte der Redner, welchen Verlust Deutschland durch die Trennung Ostpreußens erlitten habe, und schloß weiterhin die Rot, in der sich die deutschen Teile der ostpreussischen Grenzgebiete befinden. Seine Schlussworte galten der Unterstützung einer Bürgerbewegung für die deutschen Minderheitsschulen, gegen die der Kampf der Polen sich jetzt vor allem richtet.

Die Versammlung beschloß hierauf noch nach völliger Instandsetzung der Rottstraße sofort einen Antrag auf Wiederherstellung der Autobuslinie durch die Rottstraße zu stellen. Die Polizei soll ersucht werden, der Rottstraße ihr Augenmerk zu widmen. Sie gibt jetzt durch die ständige Verunreinigung Anstoß und ist in den Abendstunden der Treffpunkt zweifelhafter Elemente. Bei dieser Gelegenheit wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß Hausbesitzer und Hausfrauen sehr viel zur Sauberkeit der Straßen beitragen könnten, wenn sie für gut verlassene Müllimer sorgen. Für den Rottplatz und die Gde Carnapstraße und Steinweg wurde die Aufstellung von Bogenlampen für nötig gehalten. Beauftragt wurde eine Anregung, für die Jugend im kommenden Winter eine Eisbahn zu schaffen. Als geeigneter Platz wurde der kleine Spielplatz unterhalb des Zahnplatzes bezeichnet.

Municipaler Generalantrag für den Monat Februar 1931.

An die städtische Steuerkasse bzw. Finanzkasse zu zahlen:

1. Bis 5. Februar:
Lohnsteuer für den Monat Januar.
2. Bis 10. Februar:
Getränkesteuer für den Monat Januar, mit gleichzeitiger Einreichung der vorgeschriebenen Anmeldung.
3. Bis 15. Februar:
a) Vorauszahlung auf Vermögenssteuer, erstes Vierteljahr;
b) zweites Teilbetrag der Aufbringung des umlage für das Rechnungsjahr 1930 (gemäß Zahlungsaufforderung des Finanzamtes);
c) städtische und staatliche Abgaben vom Haus- und Grundbesitz für den Monat Februar; außer der nach dem Hauptversteigerungsablaufenden Monatsrate auch die auf den Nachtrags-Steuerzeitfall folgenden weiteren Zahlungen; Rate für den Monat Februar und, falls noch nicht beglichen, auch für Januar, dazu 1/15 der Nachforderung für April bis Dezember 1930;
d) vierte Vierteljahrssrate auf Kirchensteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer und Schulgeld (dazu ferner die erste Hälfte der auf Gewerbesteuer infolge der Aufstockerhöhung zu leistenden Nachzahlung und des Berufsbeitrages);
e) Gewerbe-Lohnsteuer für den Monat Januar (unter Berücksichtigung der ab 1. Januar d. J. erhöhten Aufstockerhöhung von 200 Prozent für Gewerbebetriebe am Ort und 2400 Prozent für Zweigbetriebe).

Die Industrie- und Handelskammer rät zu Einzelmietprüfungen.

Die Handelskammer schreibt: „Die aus Pressemitteilungen bekannt ist, hat die Stadtverwaltung bei der Industrie- und Handelskammer angeregt, gegen die Nachforderung der Realsteuern auf Grund der Steuerfestsetzung des Staatskommissars gemeinsam für sämtliche Gewerbesteuerpflichtigen einen Kollektivanspruch einzulegen, weil dadurch der Stadtoberverwaltung von ungefähr 40 000 Einzelmietprüfungen erspart geblieben wäre. Die Kammer war aus Gründen der öffentlichen Zweckmäßigkeit grundsätzlich bereit, der Anregung zu entsprechen und hat die rechtliche Möglichkeit einer Prüfung unterzogen. In der Zwischenzeit hat aber eine Reihe von Wirtschaftsverbänden, ohne die Stellungnahme der Kammer abzuwarten, ihren Mitgliedern die Einlegung von Einzelmietprüfungen empfohlen. Eine Aussprache mit den beteiligten Wirtschaftsverbänden konnte somit nur zu dem Ergebnis führen, daß infolge der durchgeführten Einzelprüfungen nur noch Einzelmietprüfungen in Frage kommen. Die Kammer empfiehlt daher auch ihrerseits den Steuerpflichtigen, gegen die Heranziehung zu den Steuererhöhungen aller Kategorien sich auf Einspruch einzulegen. Einer näheren Begründung bedarf es nicht.“

Wenn Steuerpflichtige besondere Anliegen, wie Anträge auf Stundung haben, dann sind sie in besonderem Schreiben vorzubringen. Zur Wahrung der Rechte der Steuerpflichtigen ist es erforderlich, daß der Einspruch innerhalb der Frist von vier Wochen eingelegt wird. Die ersten Zustellungen der Heranziehungsbescheide haben am 15. Januar stattgefunden. Dafür läuft die Frist am 11. Februar ab, für spätere Zustellungen entsprechend vier Wochen später. Die Vorbereitung zur Durchführung von Musterprozessen zur Entscheidung der Frage, ob die Steuerfestsetzungen durch den Staatskommissar rechtmäßig sind, sind im Gange.

Kohlhals: „Kohlenhandel Wuppertal“.

Man schreibt uns: „Als Regiments- und bei der Syndikats-Kohlen-gesellschaft beiziehender Plaghändler möchte ich auf die Ausführungen des Kohlenleinhändlers vom 15. Januar und des ehemaligen Syndikatsbeamten und Geschäftsführers der Ostkohlenwerke Elberfeld vom 21. Januar folgendes erwidern: Die Behauptungen meines Berufscollegen und des ehemaligen Syndikatsbeamten, die diese zum Nachweis der Existenzberechtigung des Bergischen Kohlen-Großvertriebs angeführt haben, entsprechen nicht den Tatsachen. Der Großvertrieb wurde (auch zur Aufklärung des Syndikatsbeamten) von Kohlen-Großhändlern, die nach Ansicht der beiden Artikelschreiber dem kleinen Kohlenhandel das Leben sauer gemacht haben, ins Leben gerufen. Es handelte sich für die Gründer (Großhändler) zunächst um eine gewinn-jährliche Absicht, nämlich um bei der damals drohenden Gefahr der Sozialisierung des Kohlenhandels dabei zu sein. Denn das Überbleibsel der Ostkohlenwerke hat, nachdem die Stadtverwaltung Elberfeld für die bisherigen Leiter der selben keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr hatte, nur einen willkommenen Anlaß. Die Gründer des Großvertriebs erreichten in Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, daß diese sich an dem Unternehmen mit 30 000 RM. beteiligte. Alles erfolgte von den Interessenten in der Absicht, sich die gesamten städtischen Lieferungen reiblos zu sichern, weil dadurch der Großvertrieb überhaupt erst seine Existenzmöglichkeit erhielt. Reinebwegs haben bei der Gründung die Klein-kohlenhändler eine Rolle gespielt. Unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit hat man es zwar nicht übersehen, den geringsten Anteil von 10 000 RM. an insgesamt 25 Kleinhandlern zu verteilen, damit diese dem Großvertrieb den Stempel der allgemeinen sozialen Tat aufdrücken sollten. In anderen Städten bestehen solche durchaus überflüssige Einrichtungen auch nicht. Sie gehören auch nicht zum Aufgabengebiet der Stadtverwaltung wie der frühere Syndikatsbeamte auch ganz richtig bemerkt. Es kann daher vom gesamten Kohlenhandel Wuppertal nur panthor begrüßt werden, daß die Wirtschaftspolitik es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Stadtverwaltung auf

Die Arbeitsmarktlage zeigt keine Besserung

Der Bericht des Arbeitsamtes.

Zu der Zeit vom 16. bis 31. Januar d. J. erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 1379 (m. 1077, w. 302) auf insgesamt 42 088 (m. 39 641, w. 9447); hiervon waren 27 228 (m. 25 331, w. 6697) Hauptunterstützungsberechtigte. Es erhielten:

Arbeitslosengeld: 17 774 (m. 12 789, w. 4985),
Arbeitsunterstützung: 9434 (m. 7742, w. 1712).

Die Arbeitsmarktlage in der Metallindustrie verschlechterte sich weiter, jedoch blieben die Zugänge hinter den ungewöhnlich starken der vorigen Periode zurück. Die Zahl der Arbeitslosen stieg um 375. Vor allem verschlechterte sich die Lage in der Dampfmaschinenindustrie, in Eisen- und Stahlindustrie, in der Kleinmetallindustrie, in den Maschinenbau- und in Schraubenfabriken. Es wurden zahlreiche Arbeitslose, Zugschrauber, Bohrer, Schweiß- und Maschinenformer, Drehmaschinen, Automatenfertiger usw. entlassen. Die Aufnahmebereitschaft der Arbeitslosen war sehr gering. Eine Gießerei stellte einige Arbeiter und Dreher ein. Die Streikbewegung in der Wuppertaler Textilindustrie hat sich in der Metallindustrie nicht bemerkbar gemacht.

Am 23. Januar wurde der Streik in der hiesigen Textilindustrie beendet. Während der Streikzeit haben sich nur 400 Streikende in den Vermittlungsbüros arbeitslos gemeldet. Bei mehreren Firmen konnten nicht sämtliche in den Streik getretene Arbeiter wieder eingestellt werden, da eine Reihe von Aufträgen während der Zeit rückgängig gemacht worden ist. Die Aufnahmebereitschaft in der Textilindustrie ist noch gering. Eine leichte Besserung machte sich in der Holz- und Gummiindustrie bemerkbar. Größere Entlassungen erfolgten in Eisenfabriken und Zugschrauberfabriken.

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe scheint die wachsende winterliche Saisonbedingte Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt überschritten zu haben. Die Zahl der Arbeitslosen ging leicht zurück. Konfektions- und Schuhfabriken waren wieder geringfügig aufnahmefähig. In der Herrenkonfektion wurden besonders Kärntnerinnen entlassen. Bei der überaus ungünstigen Wirtschaftslage dürfte allerdings mit einer künftigen saisonalen Besserung vorläufig noch nicht zu rechnen sein.

Die Zugänge an Bauarbeitern hielten sich für Bauhilfsarbeiter dagegen bei sich in der vergangenen Periode. Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter, und Planungsarbeiten.

Die für den Inventurausverkauf eingestellten Textilarbeiter meldeten sich inzwischen zum größeren Teil erneut arbeitslos. Vermittlungsbüro befand sich für eine Reihe jüngerer Arbeiterinnen. Einige männliche Bauhilfskräfte wurden bei verschiedenen Behörden untergebracht.

„Brotbacken im Schmiedehandwerk.“

Eine Entgegnung der Arbeitsgemeinschaft der freien Bauernschaften des Bergischen Landes.

Auf die Ausführungen der Schmiedezünfte in Nr. 33 vom 16. Januar geht von der Arbeitsgemeinschaft der freien Bauernschaften des Bergischen Landes folgende Entgegnung aus:

Es trifft nicht zu, daß der Vorstand der Vereinigung der freien Bauernschaften und des Landvolkes vor der Verhandlung mit dem Vorstand der Schmiedezünfte am 11. Januar verhandelt hat, mit den einzelnen Schmieden wegen des Preisabbaus zu verhandeln. Erst nach Ablauf der Frist, innerhalb der die Schmiede eine Erklärung abgeben wollten, haben einzelne Landwirte mit dem Schmiedehandwerk verhandelt, und zwar mit dem am 21. in den Zeitungen mitgeteilten Erfolg. Auch trifft es nicht zu, daß die Schmiedezünfte eine Verhandlung über den Preisabbaubehalt mitgeteilt hat. Dieses ist erst viel später geschehen, nachdem wir unseren Ortsgruppen empfohlen hatten, direkt mit den einzelnen Schmiedemeistern zu verhandeln und einen Preisabbaubehalt zu überlegen, und zwar in den Zeitungen mitgeteilten Erfolg. Auch trifft es nicht zu, daß die Schmiedezünfte ihren Preisabbaubehalt nicht durch das Verhalten ihrer Vorstände, sondern durch das Verhalten ihrer Vorstände, und zwar in den Zeitungen mitgeteilten Erfolg, nicht in einen Preisabbaubehalt, auch noch so geringer Art, einzutreten. Wenn wir es die Schmiedezünfte erlauben, so ist ein Teil der Schmiedezünfte nach einem Preisabbaubehalt ihre Vertretung künftigen wollen, so werden das diejenigen sein, welche das Recht der Stunde, übermäßig hohe Preise abzugeben, nicht beizubehalten und infolgedessen vom Auftrags Markt.

Nachdem die Verhandlung zum Beispiel für den Preisabbaubehalt, ergibt sich aus der von uns von der Schmiedezünfte vorgelegten Preisabbaubehalt, in der der Preisabbaubehalt 451 Mark, für Lohn 3 Mark vermindert ist und außerdem auf den Lohn noch ein Zuschlag von 10 Prozent verlangt wird. Das ergibt einen Preis für den Preisabbaubehalt, der 50 Prozent des Preisabbaubehalts anmacht und der mittelmäßig ist an der Stelle der Preisabbaubehalt, die heute fast alle die Preisabbaubehalt weit unter Preisabbaubehalt abgeben muß.

Beitragsermäßigung bei der Barmer Unfallkasse.

In ihrer Zeitschrift vom Februar gibt die Kasse eine weitere Beitragsermäßigung bekannt. Sie betont in ihrer Begründung dazu, daß sie trotz dieser neuen Beitragsermäßigung ihre Leistungen auf allen Gebieten der Krankenpflege in der bisherigen Höhe habe halten können. Ob diese Senkung der Beiträge die endgültige und letzte sein werde, hängt von den weiteren Erfahrungen ab, die man mit den neu getroffenen Maßnahmen machen werde. Die Beitragsermäßigung tritt mit dem 1. März in Kraft.

Hubert Weiffers Wette in der Wuppertaler Konzertgesellschaft.

Der erste Teil des dritten großen Elberfelder Konzertes morgen Donnerstag und übermorgen Freitag in der Stadthalle Johannisberg ist dem 175. Geburtstag des Komponisten gewidmet. Eine seiner vollkommensten Symphonien — von die-

sen wird sie für die schönste gehalten —, die aus seiner letzten Zeit stammende „G-Moll-Sinfonie“, ist dafür ausgewählt. Der zweite Teil des Programms bringt das einheimische, hier schon in weiten Kreisen hoch angesehenen Komponisten Hubert Weiffers Wette in G-Dur. Weiffers, der tief in die Gesellschafts- und Empfindungs- welt der großen Romantiker Schubert, Bruckner und Wagner eingedrungen ist, schafft in ihrem Sinne weiter und hat mit der Wette ein an Wärme der Empfindung und gleichzeitig glanzvoller Wirkung selten erreichtes Werk geschaffen. Die Wuppertaler Musikliebhaber werden stolz sein, ein so schönes Werk, das in ihrer Mitte entstanden ist, hören zu können. Ein vorzügliches Solisten-Quartett, das bis auf die Kapartie, die hier Johannes Trach übernimmt, das gleiche ist wie bei der Uraufführung in Gelsenkirchen. Es ist nämlich die hier schon mit Erfolg eingeführte Via Reuther-Ensemble, ferner Clara Maria Glöckner aus Berlin und Ernst Bauer aus Mannheim dafür gewonnen. Die Leitung hat Franz von Boehm. Der Komponist wird selbstverständlich der Aufführung beizuwohnen.

Aufruf zur Gründung einer Hubert Weiffers-Gesellschaft.

Beigeordneter Röhler als städtischer Musik- bezerger und Generalmusikdirektor von Gelsenkirchen veröffentlicht folgenden Aufruf:

Eine Stadt, die unter ihren Mitbürgern einen bedeutsamen Schaffenden hat, wie es der Komponist Hubert Weiffers ist, hat die Pflicht, ihm ein Ehrenministerium zu sichern, durch das ihm die schöpferische Tätigkeit und die Verdienste seiner Werke ermöglicht wird. Die Unterzeichneten bitten deshalb, einer Hubert-

Dunkle Blätter der Statistik

Die Wuppertaler Kriminalpolizei berichtet

Verbrechen und Vergehen im Jahre 1930. — Berufsverbrecher, Rückfällige und Unverbesserliche. — Die Straftaten Jugendlicher ließen nach. — Auch Abnahme bei den Sittlichkeitsverbrechen.

Die Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums Wuppertal erstattet nunmehr einen Bericht für das Jahr 1930. Es heißt darin:

Im Bezirk des Polizeipräsidiums Wuppertal, umfassend die Städte Wuppertal, Remscheid, Solingen, Rülfrath, Neviges und Velbert ist im Berichtsjahre die Kriminalität gegenüber den letzten Jahren gesunken. Die Gesamtzahl der Anzeigen belief sich auf 16 832. Die nicht unerhebliche Steigerung ist zum großen Teil auf die im Berichtsjahre durch Verhaftung der Polizei in den früheren Stadtgemeinden Wald, Ohligs, Gräfrath und Hückeswagen erfolgte Gebietserweiterung zurückzuführen.

Ein erheblicher Teil der Straftaten ist wiederum auf das Konto der

Verbrecher- und Gewohnheitsverbrecher, der Rückfälligen und Unverbesserlichen

zu setzen. Dennoch waren die Gelegenheitsdelikte ausschlaggebend für die Kurven der Verbrechen und Vergehen.

Es wurden 1850 Gesetzesverlezer festgestellt.

Erfreulicherweise haben die Straftaten Jugendlicher nachgelassen. Die Zahl der Anzeigen gegen Jugendliche sank von 410 des Vorjahres auf 375 des Berichtsjahres.

Becken schwanden, insbesondere Einbrüche. Diebstahls wurden 1651 und wegen einfachen Diebstahls 4145 Anzeigen erstattet. Die Schaulustverbrechen haben in letzter Zeit erheblich nachgelassen. Dagegen wurden allein 72 Diebstahle von Heberziehern aus Gelsenkirchen angezeigt. In 31 Fällen vermochte die Kriminalpolizei die Heberzieher zu ermitteln. Die hohe Zahl der Heberzieherdiebstahle beweist, daß die Gasse immer noch zu wenig auf ihre Garderobe achtet.

Die Anzeigen wegen Unterschlagungen sind wiederum gestiegen. Es waren 218 Fälle zu verzeichnen. Ebenso haben die Betrugs- und Untreuedelikte stark zugenommen. Ihre Zahl stieg von 3381 auf 3987. Konkursvergehen gelangten in 35 und Urkundenfälschungen in 220 Fällen zur Anzeige.

Die Zahl der im Vorjahre verurteilten Straftäterverbrechen hat im Berichtsjahre erfreulicherweise bedeutend abgenommen. Die Anzahl der Fälle sank von 656 auf 572.

323 Personen wurden im Berichtsjahre als Verbrecher gemeldet; zurückgeführt oder ermittelt wurden 315 und 4 aus dem Vorjahre, 8 blieben noch verurteilt. Hierbei handelte es sich hauptsächlich um Personen, die im Monat Dezember als Verbrecher gemeldet wurden. Es besteht die Hoffnung, daß auch diese ermittelt werden. Bei den Verurteilten sind es in der Hauptsache Minderjährige, die aus Mangel an Geld oder weil sie sich den Anordnungen ihrer Eltern nicht mehr fügen wollen, das Elternhaus verlassen. Wenn sie den Unterschied zwischen Elternhaus und Landstraße kennen gelernt haben, kommen sie reuig zurück.

Zehn Freitodsuchten und fanden 152 Personen. Daraus kommen noch 19 Personen, die hier als Verbrecher gemeldet waren und auswärts den Freitod fanden. Sehr oft ist als Grund zur Tat die wirtschaftlich schlechte Lage angegeben worden.

Weiffers-Gesellschaft genannten Gemein-schaft beizutreten. Der äußerst niedrig angelegte Jahresbeitrag ist 3 RM. freiwillige höhere Beiträge werden selbstverständlich mit Dank entgegengenommen. — Wir bitten, Anmeldungen an das Städtische Musikamt, Rathaus 23, Elberfeld, Zimmer 62, zu übersenden.

Eine Barmer Diebstahlsbande verhaftet.

Bisher 12 Einbrüche nachgewiesen.

In letzter Zeit wurden verschiedene Kriminal- warenhändler, Konsumfilialen und ein Uhrmacher von Einbrechern heimlich besucht. Es ist nunmehr gelungen, als Täter zu ermitteln und festzunehmen: Schlosser Walter Str., Messer-reiter Karl W., Wandwiler Erwin Sch., Anker-widder Erich A., Erdarbeiter Willi S. und Fär-ber Arthur C., sämtlich von hier. Die Festgenom- menen, von denen einige erheblich vorbestraft sind, wurden dem Amtsrichter vorgeführt, der Haftbe- fehl erlassen hat. Bisher sind ihnen zwölf Ein- brüche diebstahl nachgewiesen worden. Von den gestohlenen Sachen sind einige den Geschä- digten zurückgegeben.

Kleine Nachrichten.

Elberfeld.

e. — Verkehrsunfälle. Auf der Aue wurde ein 44-jähriger Mann, der auf dem Bürgersteig ging, von einem Lastauto angefahren und erheblich ver- letzt. Die Schuld trifft den Führer des Autos, der beim Überholen zu nahe an den Bürgersteig gefahren ist. — An der Ecke Herzog-Grün-strahe stieß ein Lastauto und ein Personauto zusammen. Beide Fahrzeuge wurden erheblich be- schädigt. Das Lastauto mußte abgeschleppt werden.

e. — Aus der Spitzhühnerchronik. Einem hiesi- gen Fuhrunternehmer in der Ravensberger- straße wurde „aus einem Lieferwagen eine Zünd- lichtmaschine gestohlen. — Kürzlich wurde eine Ziehbatterie, die wahrscheinlich aus einem Diebstahl- berührt, im Mittelbunde der Stadt herrenlos auf- gefunden.

Barmen.

b. — Alte Barmer. Fräulein Adelheid von Schild, Leonhardstr. 19, feiert in geistiger und körperlicher Frische ihren 82. Geburtstag. — Frau Bismarck-Johann Magin, Adlerstr. 14, feiert ihren 84. Geburtstag.

b. — Diensthilfen. Meister Max von Dab- len, Allee 148, kann am 6. Febr. auf eine 25-jäh- rige Tätigkeit als Meister bei der Firma Emil Franz, G. m. b. H., Allee, zurückblicken. — Die Paderin Frau Elisabeth Bachmied, Remna- straße 12, blickt am 5. Februar auf eine 25-jährige Tätigkeit bei der Firma Grüner & Neu, Al- lerhausen, zurück.

b. — Schadenfeuer. Die Feuerwehr wurde zu einem Schornsteinbrand nach Quersstraße 11 gerufen. Der Brand war schnell gelöscht. — Bei- ter erfolgte ein Aufbruch nach Wuppertalerstraße 30. Durch einen nicht ausgeschalteten elektrischen Kocher wa- ren in einer Metallschmelzerei Arbeitskräfte, eine Polierin, der Fußboden und kleineres Inventar in Brand geraten. Das Feuer wurde mit zwei Rohren gelöscht. Die Aufräumarbeiten nah- men die Nacht noch etwa eine Stunde in An- spruch.

b. — Einbruch. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde in dem Lebensmittel- geschäft von Weikner, Barmen, Seefischgasse- straße, eingebrochen. Der Dieb war durch ein kleines rundes Fenster, welches er zertrüm- mert hatte, eingekriegt. Gesteine in der Nähe befindlichen Wirtschaft, die den Vorfall bemer- ken, benachrichtigten die Polizei, welche den Dieb nach seinem Herauskommen festnahm. Wäsche und Käse waren seine Beute.

b. — Vermittlungsbereich transportabler Zwischenhän- der. Über den Vermittlungsbereich der transportablen Zwischenhändler, die vom Elberfelder Wuppertal für die Stadthalle Barmen und Ronsdorf ausgeben werden, be- stehen in Kreisen der Abnehmer zum Teil noch Irrer- tungen. Zum Anstoß an diese Händler sind alle Haus- haltungsgegenstände, wie Tische, Stühle, Lampen, Kleider, Bekleidungsgegenstände, Staubsauger, Roboter, kleine Küchenutensilien, deren Anschaffungskosten 1500 Mark nicht übersteigen, nicht annehmbar. Diese Gegenstände müssen in der Wohnung selbst, nicht aber zum Beispiel in Geschäftsräumen, aufbewahrt werden. Die transportablen Zwischenhändler können wie die festinstallierten Händler nur dann einen Aufnahmestellen für die Waren abgeben, wenn diese in einem Wohnraum, nicht in einem Geschäftsräume, aufbewahrt werden. Weitere Auskunft im Vermit- lungsbereich Elberfelder Str. 36 oder im Ausstellung- sbüro Elberfelder Str. 40.

Theater- und Konzert-Ankündigungen.

e. — Städtische Bühnen, Wuppertal. Aus der Ansicht der städtischen Bühnen schreibt man uns: Aus Anlaß der ersten Opernvorstellung am heutigen Mittwoch im Elberfelder Saale — „Der Waffenschmied“ — sind verschiedene Anfragen an die Bühnenkommission gestellt worden, in deren Zusammenhang die Bühnenkommission, daß die heutige Mittwoch-Aufführung für die Zuschauer der gemächlichen Abonnements und der Zeit- abonnements für Elberfeld Gültigkeit hat. Die Zeitabonnements für die Mittwoch-Vorstellung in Bar- men haben demnach kein Anrecht auf den Besuch dieser Elberfelder Opernvorstellung.

Ronsdorf

Ein Auto verunglückt

Gestern nachmittag ereignete sich in der Nähe des Restaurants Jägerhof ein schwerer Verkehrs- unfall. Ein von Ronsdorf kommendes Auto mußte einem entgegenkommenden Lastwagen ausweichen. Infolge der glatten Schneedecke geriet der Wagen ins Schleudern, wodurch er von einem Wagen der Barmer Bergbahn erfasst und zer- trümmert wurde. Der Fahrer des Autos mußte in schwerverletztem bewußtlosen Zustand ins Rons- dorfer Krankenhaus übergeführt werden.

Beyenburg

Bestandene Meisterprüfung.

Der Sohn des Klempnermeisters C. Heinrichs von hier, Helmut Heinrichs, bestand vor der Handwerkskammer in Düsseldorf die Meisterprü- fung für das Klempner- und Installateurgewerbe.

Glossen vom Tage

Was tun wir für die Anlagen?

Die Barmer Anlagen — der Stolz und die Freude der Bewohner. Im Frühling bieten sie mit ihrem Knospen und Zypressen das Abbild des kommenden neuen Lebens, im Sommer spendet ihr grünes Laubdach Kühlung und Erquickung, im Herbst wird das Auge erfreut vom bunten Far- benpiel der Natur und auch im Winter zeigen sie im Schmuck weißer Schneelast ein Bild voll Schönheit.

Zu jeder Jahreszeit bieten sie ein neues, reiz- volles Bild und alle Bewohner — vom fröhlichen Züngling im blütenweißen Kinderwagen ange- fangen bis zu denen, die an den letzten Lebens- grenzen stehen — finden in den Anlagen Gesund- heit, frische Luft und stilles Genießen an den Kündern der Natur.

Man könnte eigentlich kaum auf den Gedanken kommen, daß so viel Grün und Blüten auch irgendwo in trockenen Zahlen einen Niederschlag finden. Aber wenn man bedenkt, daß der rührige Barmer Verschönerungsbereiter in für die Pflege und die Erhaltung der Anlagen bemüht ist, und der Öffentlichkeit von Jahr zu Jahr die besten Anlagen abgibt, dann weiß man auch diese Zahlenangaben einzuschätzen.

Das letzte Rechnungsjahr schließt mit einem Ueberschuß von mehr als 32 000 Mark ab. In diesem Betrag sind die Refektoren der Vor- jahre enthalten. An Mittelsbeiträgen gingen etwas mehr als 12 000 Mark ein und die Verwal- tung leistete einen Zuschuß von rund 35 000 Mark. Den Weg auf den Zellesturm muß eine statt- liche Zahl von Naturfreunden gefunden haben, die das Wuppertal gern einmal von oben herab an- schauen wollen, denn es wurden 1940 Mark einge-

nommen. Für Arbeitslöhne wurden 29 000 Mark, für die Unterhaltung von Wald und Parkwegen 40 000 Mark gezahlt. Die Pflege der schönen Blumengärten kostete etwa 1300 Mark, während der Alpengarten etwa 600 Mark Kosten verur- sachte.

Ganz nette Summen! Aber wenn man be- denkt, wieviel Unbegreifliches Freude den Mitmen- schen dadurch vermittelt wurde, dann begreift man, daß unsere Stadtväter gestern die Abrech- nung genehmigten, ohne einen Ton zu sagen. Und das will in der heutigen „Sparfameits-Epoche“ eigentlich viel sagen!

Weiße Woche...

nicht nur in den Schaufenstern, sondern seit heute auch wieder einmal draußen. Ueber Nacht hat es geschneit und es ist empfindlich kälter als sonst. Die Wettergelehrten sprechen von einem „Einfluß kalter kontinentaler Luft“, wobei sich „russische Kälte“ lebhaft beteiligt. Königs- berg hat sogar 11 Grad Kälte zu verzeichnen. Da wir nach den Voraussagen der Wettermänner von der „Wärmelust-Influenza“ — einer himmlischen Fernheizung, die sich in England und Skandinavien als Regen bemerkbar macht — verschont bleiben werden, können wir für die nächsten Tage mit weiterem Schnee und Tem- peraturen unter Null rechnen.

Aber was heißt das? Heute morgen wurde uns der erste lebende, frisch ausgeschlüpfte Ma- rienkäfer auf den Redaktionsstisch gelegt!

Und bräut der Winter noch so sehr — bei diesem vorwärtigen Frühlingboten verlieren wir so langsam den Respekt vor ihm.

Der Zwangs-Oberbürgermeister und die Volkspartei.

Eine Anfrage im Preussischen Landtag

WS. Solingen, 2. Februar. Die Abgeordneten Stendel, Dr. Böhm, Frau Thöne, von Ennen und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben folgende kleine Anfrage eingebracht: In der neugebildeten Großstadt Solingen hat der mit sozialdemokratischer und kommunistischer Mehrheit gewählte Oberbürgermeister wiederholt die Befähigung des Staatsministeriums nicht gefunden, weil er der kommunistischen Partei angehört. Nunmehr hat das Staatsministerium den Regierungsdirektor Dr. Brisch, der Mitglied der sozialdemokratischen Partei und nicht gelernter Verwaltungsbeamter ist, auf Grund des § 32 Abs. 2 der rheinischen Städteordnung auf die gesetzlich zulässige Höchstzahl von zwölf Jahren zum Oberbürgermeister der Stadt Solingen ernannt. Es sei bemerkt, daß diese Ernennungsbefugnis eine Sonderbestimmung der rheinischen Städteordnung darstellt, und daß in den anderen Rechtsgebieten der Regierung lediglich das Recht zusteht, die kommunikativen Befugnisse der Stadtverwaltung zu übernehmen, bis die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, deren Wiederholung ihr jederzeit zusteht, die Befähigung gefunden hat. Wir fragen das Staatsministerium: 1. Welche Gründe haben das Staatsministerium veranlaßt, von der rheinischen Städteordnung im vorliegenden Falle den zeitlich höchstzulässigen Gebrauch zu machen, insbesondere aus welchen Gründen hielt das Staatsministerium eine weitere Ausdehnung der kommunikativen Verwaltung oder die Ernennung eines Oberbürgermeisters auf kürzere Zeit für unzulässig? 2. Wie glaubt das Staatsministerium es mit den Grundgesetzen der Demokratie und der Selbstverwaltung vereinigen zu können, daß die in zwei Jahren neu zu wählende Stadtverordnetenversammlung ihres Rechtes, das Stadtoberhaupt zu wählen, beraubt wird? 3. Warum ist, wenn tatsächlich eine Befähigung des Oberbürgermeisterpostens auf zwölf Jahre erforderlich ist, die Befähigung nicht mit einem politisch neutralen, verwaltungsmäßig für den leitenden Beamten einer so großen Stadt vorgeliebten Beamten erfolgt? 4. Was ist innerhalb der sozialdemokratischen Partei nicht eine andere, die Anforderungen an Vorbildung und Bewährung einwandfrei erfüllende Persönlichkeit, die zur Übernahme des Oberbürgermeisteramtes in Solingen geeigneter gewesen wäre?

Brand in einer Gärtnerei.

WS. Solingen, 4. Febr. In einer Gärtnerei in der Reichenhofsstraße in Solingen-Höhscheid ging ein Treibhaus in Flammen auf, wodurch ein Schaden von etwa 600 Mark entstand. Im Dezember v. J. brach in demselben Treibhaus Feuer aus und verursachte einen Schaden von 250 Mark. Der Besitzer ist der Ansicht, daß ein Brandstifter seine Hand im Spiele hat. Der Geschädigte ist gegen Feuer nicht versichert. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Jagdpachtpreise wie im Frieden.

WS. Solingen, 3. Februar. Bei der vor einigen Tagen stattgefundenen Jagdverpachtung wurden von den 8 Bezirken insgesamt 7740 RM. erzielt. Vor dem Krieg betrug die Gesamtsumme 7040 RM. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sich das Gemeindegebiet durch die Eingemeindung von Dürscheid etwas vergrößert hat, ist also ungefähr dieselbe Pachtsumme erreicht worden als vor dem Kriege.

Große Geheimbrennerei ausgehoben.

WS. Köln, 2. Februar. Von der Zollfahndungsstelle Köln wurde im Vorgebirge in der Gegend von Werthen eine großartige eingerichtete Geheimbrennerei ausgehoben.

Das westdeutsche Handwerk im Monat Januar

Von der Handwerkskammer Düsseldorf wird folgender Bericht herausgegeben:

Der alljährlich im Januar zu beobachtende Geschäftslaufgang ist im Laufe der Vorwoche besonders in Erscheinung getreten. Diese Tatsache wird vom Handwerk um so höher empfunden, als die saisonmäßige Belebung vor Weihnachten in keiner Weise den Erwartungen entsprach und sich nicht annähernd mit den Weihnachtsgeschäften der Vorjahre vergleichen läßt. Die überkapazitierten Betriebe haben zu einem fast vollständigen Stillstand geführt, der in zahlreichen Fällen mit Entlassung der Arbeitskräfte oder gar mit der Einstellung des Betriebes endete. Bei der letzten Jahresbilanz hat sich für die meisten Betriebe die erschreckende Tatsache herausgestellt, daß sich die Auftragslage, aber auch die Warenbestände ganz erheblich erhöht haben. Die Aufträge für eine Besserung im Jahre 1931 sind damit außer Acht zu lassen.

Der Beschäftigungsgrad im Bau- und Baugewerbe ist in den letzten Monaten in einem Maße zurückgegangen, daß der augenblickliche Mangel an Arbeit kaum noch unterboten werden kann. Es fehlt überall an billigen Baumaterialien. Ein weiterer Grund für das Nachlassen der Bautätigkeit ist nicht zuletzt in der Preissteigerung zu erblicken. Das Baugewerbe bedarf nicht einer besonderen An-

regung zur Senkung der Preise, nachdem das Submissionsverfahren bei der knappen Auftragslage hinlänglich dafür gesorgt hat, daß die Baukosten von Monat zu Monat zurückgingen. Das Maler- und Lackier- und Installationsgewerbe sind nur unzureichend mit Aufträgen und Beschäftigung gesichert. Insbesondere wird im Malerhandwerk über eine starke Zunahme der Schwarzarbeit geklagt.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Holzverarbeitenden Gewerken. Der brachliegende Baubestand hat den Auftragsbestand in der Vantillerei außerordentlich verringert. Die größeren Tischlereien haben die meisten Gehilfen entlassen und selbst die Kleinmeister sind seit längerer Dauer ohne Arbeit. Das Stellmacherhandwerk ist durch den Fortfall der Aufträge aus der Landwirtsch. hand betroffen.

Im Beschäftigungsgrad hat sich die Lage im Lebensmittelgewerbe in den letzten Tagen im allgemeinen unverändert gehalten. Die starke Einschränkung, die sich weite Kreise der Bevölkerung auferlegen müssen, hat zu einem verhältnismäßig hohen Grad des Geschäftes geführt. Im Metzgerhandwerk wird über die im Januar statt zu beobachtende Zunahme der Fleischschlachtungen der Landwirte geklagt. Das Borgezeugen greift weiter an sich.

Die Anflage gegen Kürten

9 Morde und 7 Überfälle

WS. Düsseldorf, 3. Febr. In der Strafsache Kürten hat die Staatsanwaltschaft die Anflage erhoben und der Strafkammer in Düsseldorf zur Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zugewiesen. Die Anflage umfaßt neun Morde, die an folgenden Personen begangen worden sind:

Christine Klein, Maria Hahn, Rosa Ohlig, Rudolf Scheer, Luise Lenze, Gertrud Hamacher, Ida Reuter, Elisabeth Dörrier und Gertrud Altermann. Die Anflage erstreckt sich weiter auf die Überfälle auf Frau Kühn, Anni Goldhauser, Frau Mantel, Heinrich Kornblum, Gertrud Schulte, Frau Reuter und Frau Wanders. In allen übrigen Fällen ist gemäß Paragraph 134 der Strafprozessordnung von der Erhebung der Anflage abgesehen worden. Zeit und Ort der Hauptverhandlung sind noch nicht bestimmt.

Damit geht das Rätselraten um den Düsseldorf-Mörder zu Ende, und die Aufregung kann sich lösen. Ueber dem letzten Akt des Dramas, das fast zwei Jahre hindurch Düsseldorf und die Welt in Bann hielt, wird sich der Vorhang senken. Der Ausgang dieses letzten, ersten Spiels ist nicht zweifelhaft: neun Morde und sieben Überfälle sollen ihre Sühne finden. Von der Erhebung der Anflage in den anderen Fällen hat man nach Paragraph 134 der Strafprozessordnung abgesehen, um den Zeugenapparat nicht zu groß und den Prozeß selber nicht zu umfangreich werden zu lassen. Das Urteil im Falle Kürten ist nicht zweifelhaft, und auch über die Vollstreckung dürfte eigentlich keine Zweifel bestehen.

Der Ort der Hauptverhandlung steht noch nicht fest. Man wird einen Raum wählen müssen, der dem Anhang der deutschen und ausländischen Presse zu diesem Prozeß gewachsen ist. Außerdem wird das Publikum ein großes Interesse für den Prozeß zeigen. Die Justizverwaltung wird aber, dem Vernehmen nach, mit der Aufgabe von Karten sehr sparsam sein und eine nur beschränkte Zahl Zuhörer zum Kürtenprozeß zulassen. Es haben verschiedene Verhandlungen geschwebt, den richtigen Saal für den Prozeß zu finden. Es wurde u. a. die Gefängnisstraße auf der Ullmer Höhe genannt, ferner soll auch der Ständehausaal in Erwägung gezogen worden sein. In den letzten Wochen sollen mehrfach Besichtigungen der Schupfaserne an der Landwehrstraße stattgefunden haben, um dort einen geeigneten Raum für die Verhandlung gegen Kürten zu finden. Man hatte dabei an die Turnhalle gedacht. Denn es sind neben Platzgründen auch Sicherheitsgründe maßgebend. Am sichersten wäre ja die Gefängnisstraße, die eine stärkste Kontrolle und Ueberwachung zuläßt und außerdem einen längeren Transport des Kürten unnötig machen würde.

Die zur Anflage stehenden Fälle sollen noch einmal kurz erörtert werden.

Die Morde.

Christine Klein wurde von Kürten im Jahre 1913 in Mülheim (Rhein) ermordet. Sie war die Tochter eines Gasthofbesizers, die dem Mörder zum Opfer fiel, als die Eltern unten im Geschäft tätig waren. Der Mord wurde damals nicht aufgeklärt.

Gertrud Altermann. Am Donnerstag 7. November 1929 wurde die in der Adersstraße bei Verwandten sich aufhaltende fünfjährige Gertrud Altermann vermißt. Sie war aus

Warendorf nach Düsseldorf gekommen, um Verwandte zu besuchen. Am Samstag dem 9. November fand man die 35 Stiche aufweisende Leiche hinter dem Fabrikgrundstück von Mantel u. Bue, an der Lenastraße. Der Mörder hatte am Vorabend ein Schreiben an eine Düsseldorfser Zeitung geschickt, in welchem er die Fundstelle genau bezeichnete.

Maria Hahn. Mit diesem Schreiben war gleichzeitig ein anderes Gelände skizziert, und zwar die nächste Umgebung des Bauernhofes Papendell. Bei näherer Prüfung erwies sich, daß die Skizzen die gleichen waren wie die eines Schreibens, das der Polizei schon einmal vor etwa drei Wochen unmittelbar zugegangen war. Dieses Schreiben hatte den gleichen Lageplan. Ermittlungen führten zum Funde der Handtasche und der Schlüssel der 20jährigen, aus Bremen gebürtigen Hausangestellten Maria Hahn, die man am Freitagmorgen genau an der Stelle, wie sie der Mörder schriftlich bezeichnet hatte, aus dem Lehmbofen eines unbauten Aderfeldes bei Papendell ausgrub. Die Hahn war seit dem 11. August als vermißt gemeldet.

Gertrud Hamacher und Luise Lenze. Am 25. August 1929, gegen 3.10 Uhr, wurden die fünf Jahre alte Gertrud Hamacher, Fleherstraße 246, und die bei ihr zu Besuch weilende Luise Lenze, 14 Jahre alt, als vermißt gemeldet. Die Leichen der beiden Kinder wurden auf einem Feldweg zwischen Gärten, etwa 20 Meter östlich der Fackelle der Linie 17, etwa 200 Meter von der eigenen Wohnung, aufgefunden. Die Hamacher trug Schnittwunden am Hals, die Lenze schwere Messerstiche im Rücken.

Ida Reuter. Am Montag 30. September fand ein sich zur Arbeit begebender Wasserbauarbeiter gegen 7 Uhr auf dem linken Rheinufer, etwa 50 Meter vom Ufer entfernt, die Leiche der Hausangestellten Ida Reuter aus Varmen. Sie trug acht schwere Verletzungen am Kopf und hatte das Schädelbein zertrümmert.

Elisabeth Dörrier. Am 12. Oktober fanden zwei im Graenberger Waldwerk beschäftigte Arbeiter, als sie von ihrem Nachdienst nach Hause zurückkehrten, in dem freien Gelände zwischen Torfbruch und Fliegern ein junges Mädchen in einem Stuhl Grabs bewußlos vor. Die Polizei brachte das Mädchen ins Krankenhaus, es, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, seinen schweren Verletzungen erlag. Es war die frühere Hausangestellte Elisabeth Dörrier aus Reddinghausen.

Schülerin Rosa Ohlig. Am 8. Februar, gegen 21 Uhr, wurde die Langerstraße 51 wohnende Schülerin Rosa Ohlig als vermißt gemeldet. Sie wurde am folgenden Morgen um 9.30 Uhr hinter einem Bretterzaun an der Ostseite der St. Vinzenz-Kirche erschossen und teilweise verbrannt aufgefunden. Durch dreizehn Messerstiche, von denen eine Reihe das Herz durchbohrt hatte, war sie ermordet worden. Die Leiche war mit Petroleum übergossen und dann angezündet worden.

Maschinist Rudolf Scheer. Noch hatte sich die Erde nicht über dem Opfer dieser grauenhaften Missetat geschlossen, als am Mittwochmorgen, dem 13. Februar, kurz nach 7 Uhr, auf dem Hellweg ein mit einem Polizeihund die Runde machender Schupo-Polizeibeamter in einem Straßengraben die Leiche eines Mannes fand, bei der die Leichenfahne noch nicht eingetreten war und die zehn Messerstiche im Gesicht und fünf im Rücken trug. Es war der am 28. Januar 1875 geborene Maschinist Rudolf Scheer, der in einer Parade am Hellweg wohnte.

Die Überfälle.

Frau Kühn. Die Serie der Schreckens-taten begann am 3. Februar 1929. Gegen 21 Uhr begegnete die 45 Jahre alte Frau Kühn an der Berthastraße einem Mann, der, nachdem er guten Abend gesagt, auf die Frau losprang mit dem Worten: „Keinen Laut, nicht schreien!“ mit dem Messer auf sie einschlug. Die Frau wurde am Kopf und am Arm schwer, jedoch glücklicherweise nicht lebensgefährlich verletzt.

Frau Mantel. Im August 1929 betrat sie in einer Nacht drei Überfälle. Am 20. August wurde eine Frau Georg Mantel, die in der Lorgauer Straße wohnt, an der Stiehlung „Geltgarten“ von einem Mann angesprochen. Ohne zu antworten, lief die Frau weg, erhielt aber sofort einen Schlag in den Rücken, etwa unter der Achselhöhle.

Kaufmann Kornblum. Als die Frau zu einem Arzt an der Postenstraße gebracht worden, lag dort bereits der Kaufmann Heinrich Kornblum, der in der gleichen Nacht gegen 2 Uhr am sogenannten „Schwarzen Weg“ am Eisenbahnübergang ein Messerfeld rechts neben der Birbelfäule von einem Mann erhielt, der auf ihn zugegriffen und nach dem Schlag wieder um die Ecke verschwunden war.

Kenne Goldhausen. Fast um die gleiche Nacht wurde die Wagnerstraße 20 wohnende Kenne Goldhausen in die Wohnung einer ihrer Freundinnen, mit der sie auf dem Rindfleisch in Dierfeld gewesen war und von der sie wenige Minuten vorher Abschied genommen, an der Gumbertstraße, und fand blutüberströmt zusammen. Als sie nach der Verabredung weitergegangen war, um sich nach Hause zu begeben, war ein Mann auf sie losgesprungen und hatte, ohne ein Wort zu sagen, auf sie eingeschlagen.

Gertrud Schulte. Am Nachmittag des 25. August lernte Gertrud Schulte auf der Reuter Allee einen Mann kennen, mit dem sie gegen 22 Uhr auf dem Deich am linken Rheinufer entlang in Richtung Wölkentwerth einen Spaziergang machte. Als das Mädchen auf das unflätige Anfeuern des Mannes nicht eingehen wollte, zog ihr Begleiter ein Messer und stach auf das Mädchen ein. Er brachte dem Mädchen zwei Schnitte am Hals und acht Stiche in den Rücken und in die Seite bei. Als das Mädchen um Hilfe schrie, ergriff der Täter die Flucht.

Frau Reuter. Am 25. Oktober, gegen 20.30 Uhr, begab sich die 34 Jahre alte Frau Richard Reuter über den Hellweg von Filngern aus in die Richtung nach Gerresheim. Unterwegs gefolgte sich ein Mann zu ihr, der ihr kurz vor der Bahnunterführung wuchtige Schläge auf den Kopf versetzte und sie schwer verletzte. Sie trug schwere Kopfverletzungen an den Schläfen, an der rechten Seite und am Hinterkopf davon.

Frau Wanders. Am gleichen Abend (25. Oktober 1929), gegen 23.30 Uhr, wurde im Hofgarten gegen die Frau Wanders ein Überfall verübt. Die vom Täter fortgeworfene Waffe wurde im Hofgarten später gefunden.

Alle diese Morde und Überfälle hat Kürten verübt, hat sie eingestanden, und sie können ihm auch alle einwandfrei nachgewiesen werden. Kürten war der langgesuchte Düsseldorf-Mörder. Die Umstände seiner Verhaftung sind bekannt. Die Untersuchung ist abgeschlossen. Nun kann der Richter sprechen.

Nicht der Richtige.

Ein in Hamm verhafteter Landstreicher kommt als Mordheiler Täter nicht in Frage.

Düsseldorf, 2. Februar. Zu der einem Volkgel-funk entnommenen Meldung, daß in der Nähe von Hamm in Westfalen ein des Mordes an dem Händler Max Ullrich verdächtiger Landstreicher festgenommen und nach Düsseldorf transportiert sei, teilt das Polizeipräsidium auf Anfrage mit, daß die Meldung an sich den Tatsachen entspricht. Der Festgenommene hatte den Verdacht auf sich gelenkt, weil er in der Nähe des Gutes Vackerhof beschäftigt war und seine Arbeitsstätte gerade während der kritischen Zeit plötzlich verlassen hatte. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß der Grund hierfür in einem Streit mit seinem Arbeitgeber zu suchen ist, so daß er als Täter für den Mordheiler Mord nicht in Frage kommt. Die Ermittlungen der Polizei in der Mordangelegenheit werden mit größtem Eifer fortgesetzt.

Wetterbericht.

Mittwoch, den 4. Februar, 8 Uhr morgens.

Station	Wind	Wetter	Temp.
Dortm.	76.3	O mäßig	Schnee
Düsseldorf	76.9	NO mäßig	Schnee
Essen	76.1	NO mäßig	Schnee
Frankfurt	76.4	O mäßig	Schnee
Köln	76.3	NO mäßig	Schnee
Berlin	76.3	ONO mäßig	Schnee
Dresden	76.5	N mäßig	Schnee
München	76.2	N mäßig	Schnee
Wien	76.1	NO mäßig	Schnee
Paris	76.3	NO mäßig	Schnee
London	76.2	NO mäßig	Schnee
Hamburg	76.3	NO mäßig	Schnee
Stettin	76.3	NO mäßig	Schnee
Warschau	76.3	NO mäßig	Schnee
Brüssel	76.3	NO mäßig	Schnee
Amsterdam	76.3	NO mäßig	Schnee
Oslo	76.3	NO mäßig	Schnee
Stockholm	76.3	NO mäßig	Schnee
Helsinki	76.3	NO mäßig	Schnee
Reykjavik	76.3	NO mäßig	Schnee
London	76.3	NO mäßig	Schnee
Paris	76.3	NO mäßig	Schnee
Düsseldorf	76.3	NO mäßig	Schnee
Essen	76.3	NO mäßig	Schnee
Frankfurt	76.3	NO mäßig	Schnee
Köln	76.3	NO mäßig	Schnee
Berlin	76.3	NO mäßig	Schnee
Dresden	76.3	NO mäßig	Schnee
München	76.3	NO mäßig	Schnee
Wien	76.3	NO mäßig	Schnee
Paris	76.3	NO mäßig	Schnee
London	76.3	NO mäßig	Schnee
Hamburg	76.3	NO mäßig	Schnee
Stettin	76.3	NO mäßig	Schnee
Warschau	76.3	NO mäßig	Schnee
Brüssel	76.3	NO mäßig	Schnee
Amsterdam	76.3	NO mäßig	Schnee
Oslo	76.3	NO mäßig	Schnee
Stockholm	76.3	NO mäßig	Schnee
Helsinki	76.3	NO mäßig	Schnee
Reykjavik	76.3	NO mäßig	Schnee

*) Luftdruck der Stationen nicht reduziert.

Beobachtungen in Elberfeld.

Station	Wind	Wetter	Temp.
Elberfeld	76.3	NO mäßig	Schnee
Düsseldorf	76.3	NO mäßig	Schnee
Essen	76.3	NO mäßig	Schnee
Frankfurt	76.3	NO mäßig	Schnee
Köln	76.3	NO mäßig	Schnee
Berlin	76.3	NO mäßig	Schnee
Dresden	76.3	NO mäßig	Schnee
München	76.3	NO mäßig	Schnee
Wien	76.3	NO mäßig	Schnee
Paris	76.3	NO mäßig	Schnee
London	76.3	NO mäßig	Schnee
Hamburg	76.3	NO mäßig	Schnee
Stettin	76.3	NO mäßig	Schnee
Warschau	76.3	NO mäßig	Schnee
Brüssel	76.3	NO mäßig	Schnee
Amsterdam	76.3	NO mäßig	Schnee
Oslo	76.3	NO mäßig	Schnee
Stockholm	76.3	NO mäßig	Schnee
Helsinki	76.3	NO mäßig	Schnee
Reykjavik	76.3	NO mäßig	Schnee

Unter dem Einfluss kalter kontinentaler Luft und in ganz Deutschland mit Ausnahme des oberen Rheintales die Temperaturen bereits gestern Abend unter den Gefrierpunkt gesunken. Königsberg meldete heute Morgen schon minus 11 Grad, vielfach ist leichter Schneefall eingetreten. Der gestern erwähnte Wirbel ist unter weiterer Verflachung nach Süden gewandert, so daß wir weiterhin bei östlichen bis nordöstlichen Winden unter dem Einfluss der russischen Kaltluft bleiben. Die neue Zyklo-nenfamilie macht sich mit maritimer Warmfront bis zur Dänemark-Linie, Mittelmeer und Skandinavien mit tiefen Wolken und hellen, teils kräftigen Regenfällen bemerkbar. Sie wird in den nächsten zwei Tagen unseren Bezirk nicht berühren.

Wetterausblick für Donnerstag:

Vorherrschend bewölkt, zeitweise heiter, noch vereinzelt leichter Schneefall, Temperaturen anhaltend unter Null.

Wahrscheinliche Wetterentwicklung:

Meist heiter bis wolfig, Frost anhaltend.

Kommunen. Wetz. 1154. 20.00: Was den königlichen Theater: „Don Juan“ Oder das Versteckspiel; Geigenmusik bläusche Kompositionen. H. Wittj-Magnanini.
Rhein-National. Wetz. 961 (Dabentruf Wetz. 1834).
21.00: Orgelkonzert. 4.08: Orchesterkonzert. — (7.30):
eines Orchesterkonzerts. — 8.00: Orchesterkonzert.
Sonaten. — 9.00: Orchesterkonzert. — 22.10: Siebertons
r. — 23.40: Tanzmusik.
Rhein-National. Wetz. 354 20.00: Konzert. 21.00:
Konzert der Christus-Geistlichkeitschore.

Dodsworth bummelt in Europa

Roman von Sinclair Lewis

(23 Fortsetzung.)

Sehn Tage lang kein Brief, dann zwei auf einmal:

Du wärst sehr einverstanden mit Deiner schlimmen Frau, wenn Du wüßtest, was für ein gefundenes Leben sie führt. Natürlich bleibe ich manchmal bei Dällen etwas lange auf, aber sonst bin ich die meiste Zeit im Freien - Reiten, Schwimmen, Laufen, Autofahren, Tennis - dieser Israel hat einen fürchterlichen Schlag beim Tennispielen. Und dann liegt er Schellen vor, wie eine zwanzigjährige Studentin! Das ist ein Mann! Und an denken, daß er im Auto- und Hausimport ist! Allerdings hat er das Geschäft von seinem tüchtigen alten Vater geerbt und ist in der Lage, in jedem Jahr vier- oder fünf Monate auf Urlaub zu gehen und sich in ganz Europa herumzutreiben.

Du lieber Gott, in dem ganzen Brief scheint es nur von Arnold Israel die Rede zu sein! Das ist aber nur, weil ich meine, er wird Dich von allen Menschen hier am meisten interessieren. Ich brauche Dir ja nicht erst ausführlich zu sagen, daß wir weiter nichts sind als ganz uninteressierte Freunde. Ach, ich glaube, er würde schon sentimental werden, wenn ich das zuleiste, aber ich lasse es eben nicht zu, und trotz all seinen Maharadschaherrlichkeiten ist er so kolossal hart und empfindsam. Was Du von Brent und Emily sagst, daß sie jetzt wirklich erwachsen sind, und uns kaum noch brauchen, kann ich sehr gut verstehen. So sehr ich sie auch liebe und mich nach ihnen sehne, habe ich doch fast Angst davor, ich würde mir bei ihnen so alt vorkommen, und wenn Du mich jetzt sehen könntest in weißer Bluse, schamlos rotem Mund, weißen Schuhen und Strümpfen, würdest Du sagen, ich bin ein Klapper, und es ist wunderbar still hier am See bei Nacht - ich schlafe fürchterlich viel und ruhe mich glänzend aus. Deine Frau.

Lieber Sam, das ist eigentlich kein Brief, sondern nur ein P.S. u dem gefügigen. Ich habe so ein Gefühl, als hätte ich so viel über Israel geschrieben, daß Du denken wirst, ich denke zu viel an ihn. Das ist so das Schred-

liche an Briefen - man redet einfach darauf los und erweckt manchmal einen ganz falschen Eindruck. Wenn ich ihn ein paarmal erwähnt habe, so war das nur deshalb, weil die meisten anderen Leute, auch wenn sie noch so gut tanzen oder schwimmen, wirklich ziemlich langweilig sind, während er nett zum Unterhalten ist, und natürlich - ich brauche es Dir ja nicht ausdrücklich zu sagen, sonst habe ich gar kein Interesse für ihn. Abgesehen davon ist er ganz verrückt nach ihm und will ihn für immer in ihre Eliaue haben, und da sie hier wirklich die Macherin vom Ganzen ist, hat sie die Villa gefunden usw., obwohl sie selbstverständlich nur die halbe Miete zahlt, wenn sie ihren alten Arnold haben will, kann sie von mir aus meinen Segen kriegen.

Der nächste Brief kam erst nach nahezu zwei Wochen, und als Sam das Glas auflegte, um die Marke anzusehen, stellte er fest, daß er nicht aus Beven war, sondern aus Straß in Italien.

Sam, etwas ganz Fürchterliches ist passiert. Madame de Penable und ich hatten einen einsamen schauerlichen Krach, sie sagte Dinge, die ich einfach nicht verstehen konnte, und ich bin von der Villa fort und hierher an den Lago Maggiore gefahren. Es ist sehr hübsch hier, aber da ich nicht weiß, ob ich bleiben werde, schreibe mir lieber c/o Guaranti, Paris. Und das Ganze war eigentlich wegen nichts.

Ich habe Dir schon von einem Mr. Israel geschrieben, den wir in Beven kennengelernt haben, und wie verrückt Nene nach ihm war. An einem Abend hatte sie mehr getrunken, als gut für sie war, und wie die Gäste gegangen waren, fuhr sie plötzlich auf mich los wie ein Fischweib und sagte einfach fürchterliche Dinge und behauptete, ich hätte eine Affäre mit Mr. Israel und stehe ihn ihr, was ebenso idiotisch wie falsch war, weil ich nämlich sagen muß, daß sie ihn nie gehabt hat, wie soll ich ihn ihr also geschloffen haben, wenn ich überhaupt gewollt hätte! So wie sie hat noch nie in meinem Leben jemand mit mir geredet, es war einfach fürchterlich!

Sehr natürlich habe ich mich nicht herabgelassen, auf ihr Niveau herunterzukommen und ihr zu antworten, ich habe nur sehr höflich gesagt: „Meine liebe Madame de Penable, ich fürchte, Sie sind hysterisch und nicht ganz verantwortlich dafür, was Sie sagen, und ich möchte die ganze Angelegenheit nicht vor morgen früh weiterbesprechen.“ Aber auch dann hat sie nicht aufgehört und so bin ich ganz einfach in mein Zimmer gegangen und habe die Tür verriegelt und am nächsten Tag bin ich in ein Hotel gezogen und dann hierher gefahren. Ich bin schrecklich einsam hier und das fürchterliche Jähwied, das ich in London hatte, kommt wieder, aber schließlich ist alles besser, als mit einer feindlichen ordinären Gans wie Madame de Penable zusammen zu leben.

Es ist mir schrecklich zu beichten, und das wird dir wohl auch eine wunderbare Gelegenheit geben, über mich zu triumphieren, nur weiß ich, daß Du viel zu edelmütig bist, und zu viel Verständnis für Dein schlimmes kleines Mädchen hast, um so etwas gegen sie auszunutzen, aber Du hast wirklich ganz recht gehabt mit dem, was Du gesagt oder eigentlich nur andeutet hast, weil Du viel zu freundlich bist, um etwas Grobes herauszulassen, ich meine nämlich über dieses Frauenzimmer, die Penable und ihre schrecklichen, ordinären Freunde. Es tut mir wirklich leid. Ich hoffe aber, daß ich daraus etwas gelernt habe. Nur möchte ich nicht, daß Du denkst, Mr. Israel wäre an irgend etwas schuld, wie diese Penable und ihre Freunde.

Er war genau so unschuldig wie ich und war so freundlich, mich in Beven zum Zug zu bringen. Ich möchte gern, daß Du ihn kennlernst, ich glaube, Du würdest in ihm alles das Beste, Witze, Geistliche und Witzige finden, das Du an Irish Ireland hast, und trotzdem eine Delikatesse und einen guten Geschmack, wie sie, das wirst Du doch sicher zugeben, Mr. Ireland, trotz allen seinen guten Eigenschaften nicht hat.

Ach, komm doch bald, Liebling! Du fehlst mir heute so! Wenn Du hier wärst, würden wir das kleine Ballett nehmen - bist Du nicht stolz auf mich, ich habe vor am ersten Tag zehn italienische Worte gelernt; „Derein“ heißt „avant“ und die Rechnung ist „le conto“ oder „rien“, „il conto“ heißt es; glaube ich - und wir würden ganz schnell über den See fahren. Es wäre sehr nett, wenn Du mir noch ein paar Tausend Guaranti. Paris, schicken müßtest -

namentlich um meinen Anteil von der Miete für die schöne Villa in Beven bezahlen, obwohl ich nicht dort bin, sonst würde diese Person, die Penable, wahrscheinlich herumlaufen und allen Leuten erzählen, daß ich nicht nur verkommen und eine Männerjägerin bin, sondern außerdem noch eine Hochstaplerin!

Jetzt, nachdem ich Dir alles erzählt habe, ist mir etwas besser - ich habe fast die ganze letzte Nacht geweint - und von jetzt an werde ich wie eine Nonne leben und mich dem Studium der italienischen Sprache und Verdolierung widmen, wie es einer alten Dame wie mir zukommt.

Deine zerknitterte und zerknirschte Frau.

Dieser Brief war an dem Tage gekommen, für den der Direktor der Sanfouci-Gesellschaft Sam zum Lunch eingeladen hatte.

Der Direktor war sehr aufrichtig und verblüffte Sam mit dem Geständnis, daß er Sanfouci ziemlich fürchterlich finde.

Es ist ein zu großes Durcheinander von Eitlen, und die Häuser stehen zu nahe aneinander, sagte er, aber den meisten Amerikanern liegt nicht so viel an Zurückgezogenheit, daß sie ein Grundstück von einiger Größe bezahlen würden. Wenigstens haben wir sie schon dazu erregt, daß sie bereit sind, auf das Land herauszukommen. Und jetzt plane ich, wenn Sanfouci mich nicht ruiniert, eine noch viel größere Siedlung, in der wir die Eitlen nicht durcheinander mischen werden.

Aber - erzählte der Sanfouci-Direktor weiter - er selbst sei zu phantastisch und zu ungeduldig. Und als Partner brauche er jemand, der die hundert oder mehr Pläne für Hotels und Luxus-jachtreisen und Schnellimbißstuben, die er jeden Monat ausplante, nehmen und die praktischsten davon ausführen und das Finanzklo und den Verkauf übernehmen könnte.

(Fortsetzung folgt)

LAXIERPILLEN WAANING
ZU HABEN IN GEGEN DEN APOTHEKEN
VERSTOPFUNG
VERURSACHEN KEINE KRÄMPFE
Preis pro Packung RM. 1.-



Auch Lebensmittel zu Serien-Preisen!

Marschländer Corvelatwurst, Plockwurst od. Salami 1.40 Pfund nur		Laubenheimer 0.50 Flasche ohne Glas		Lacrimae Christi 1.10 1 Flasche ohne Glas	
1 Pfd. Apfelsinge 0.50 2 Pfd.-D. Pfleumen m. Stein 0.50 3 Pfd. Bruchreis 0.50 3 Pfd. Linsen 0.50 3 Pfd. Erbsen, gelb 0.50 2 Pfd. grüne Erbsen 0.50 1 Pfd. Mischobst 0.50	2 Ds. Appetithappen 0.50 1 Pfd. Kakao, stark entölt 0.50 1 Pfd. Birnen, getr. 0.50 1 Pfd. Eierfadennudeln 0.50 1 Pfd. Aprikosen, getr. 0.50 1 Ds. Tomatenheringe 0.50 2 Pfd.-Ds. Rote Beete 0.50	Eiermakkaroni 2 Pfd. 0.90 Margarine 2 1/2 Pfd. 0.90 Gemüseerbsen 2 Ds. od. 2 Pfd. 0.90 Citronat 1 Pfd. 0.90 Haselnußkerne 1 Pfd. 0.90 Mirabellen 2 Pfd.-Dose 0.90 Aprikosen 1/2 Fr., 2-3 Ds. 0.90	Wurstchen 3 Stück Dose 0.50 1/2 Pfd. Emmentaler ch. Rinde 0.90 2 1/2 Pfd.-Ds. brutte Kleinfleisch 0.90 2 Dosen Leberwurst 0.90 1/2 Ds. Kaliforn. Pfirsiche 0.90 1 Pfd. Imp. Sardellen 0.90 2 Pfd. Nonnev. Sälze 0.90	Würstchen 3-Paar-Dose 0.90 1 Pfd. gute Aprikosen 0.90 1 Fl. Malaga ohne Glas 0.90 1 Fl. Malvesier o. Gl. 0.90 1 Fl. Amorese ohne Glas 0.90 3 Tl. Schokolade „Favorit“ 0.90 1 Pfd. Runkelgeln 0.90	4 Pfd.-Ds. Salzgurken 0.90 2 Pfd.-Ds. Stachelbeeren 0.90 2 Pfd.-Ds. Preiselbeeren 0.90 2 Pfd.-Ds. Ital. Tomatenmark 0.90 1 Pfd. Toffee 0.90 3 Tl. Burgmühle Schokolade 0.90 Malzerkase Kiste 60 Stück 0.90
Salatöl 1 Liter 0.50 1 Pfd. gebt. Sultaninen 0.50 2 1/2 Pfd. Kartoffelmehl 0.50 1 Pkt. Amerik. Rosinen 0.50 2 1/2 Pfd. Vollreis 0.50 1 Pfd. große Pfleumen 0.50 2 Pfd. Hartweizengrieß 0.50	Grüne Heringe 3 Pfd. 0.80 Fischfilet bräutig Pfund 0.35	Haselnußkerne 1 Pfd. 0.90 Mirabellen 2 Pfd.-Dose 0.90 Aprikosen 1/2 Fr., 2-3 Ds. 0.90	Fischmarinaden 2 Ds. od. 2 L. 0.90 1/2 Dose Kalif. Spargel 1.90 1 Pfd. Kaffee gebrannt 1.90 3 x 2 Pfd.-Ds. Gem. Gemüse 1.90 5 Pfd.-Elmer Preiselbeeren 1.90 5 Pfd.-Elmer Pflaumenmus. 1.90 5 Pfd.-Elmer Pflaumenkonf. 1.90	Essiggurken 4-5 Ds. 0.90 3 Pfd. Schmalz 1.90 3 Pfd.-Elmer Vierfruchtmark 1.90 3 Fl. Oberrösel ohne Glas 1.90 1 Fl. Haut Santornes ohne Glas 1.90 1 Fl. Schaumwein 2.90 1 Pfd. fst. Kaffeemischung 2.90	Vollk. Tilsiterkase 1 1.00 Duckinge 1 Pfund 0.29

Unsere Spezialitäten
aus unserem Erfrischungsraum für Donnerstag:
Warme Platten zu Mk. 0.50
von 11.30 bis 7.00 Uhr:
Hammelbohnenfleisch
oder ungar. Goulasch
mit Butternudeln.

Mittagsessen zu Mk. 1.00
Kartoffelsuppe
geräuch. Schnittwurst mit
Grünkohl u. Braikartoffeln
Cremeschnitte.

Warme Platten zu Mk. 0.50
von 11.30 bis 7 Uhr:
einschl. 1/2 Lit. Kar. Weiß-
wein oder 1/20 Glas Bier
Sauerbraten mit Klöße od.
Deutsches Beefsteak
mit Zwiebeln.

TIETZ
ELBERFELD U. BARMEN

